

AKTUELL

#4 2018 | DAS MAGAZIN DES OGBL |

OGBL



DOSSIER

Wahlen 2018:
Programm-
analyse

Wahlempfehlung des OGBL für den 14. Oktober

Der OGBL ruft die Arbeitnehmer auf, die Parteien zu wählen, die eine Verringerung der Ungleichheiten anstreben und die Interessen des Saliariats verteidigen.

Die Lehren aus der Geschichte müssen gezogen werden

Der beunruhigende Aufstieg ausländerfeindlicher Parteien und Bewegungen ist die Folge der neoliberalen Politik der letzten Jahrzehnte.

Die Grenzgänger und der OGBL

Die Beziehung zwischen OGBL und Grenzgängern besteht schon lange. Rückblick auf diese lange Geschichte, die weiter andauert.

AKTUELL - Das Magazin des OGBL

Herausgeber

OGBL „Onofhängege
Gewerkschaftsbond Lëtzebuerg“

Verantwortlich für die Redaktion

André Roeltgen

60, bd. J.F. Kennedy

B.P. 149 / L-4002 Esch/Alzette

Tel.: 54 05 45-1 / Fax: 54 16 20

Internet: www.ogbl.lu

Email: ogbl@ogbl.lu

Verantwortlicher Herausgeber

für Belgien

Jacques Delacollette

17, rue de l'Ecole / B-6666 Wibrin

Druck

Techprint Esch/Lankelz

September 2018

Die Redaktion behält sich
Kürzungen der Beiträge vor.
Die gezeichneten Artikel stellen
nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion dar.



| | |
|--|---------|
| ◆ Leitartikel | S 3 |
| ◆ Snapshot | S 4-5 |
| ◆ Panorama | S 6-7 |
| ◆ Labor Day und „Sozialrentrée“ „Haben wir die richtigen Lehren aus der Geschichte gezogen?“ | S 8-9 |
| ◆ Auf den Punkt gebracht Die Wahlempfehlung des OGBL für den 14. Oktober von André Roeltgen | S 10-12 |
| ◆ Fokus Die Grenzgänger und der OGBL – Eine sehr lange Geschichte Gekreuzte Blicke auf die Pensionen OGBL-Fonds zu Gunsten der Studierenden | S 13-18 |
| ◆ Nachrichten von der Basis Kollektivverträge, Sozialpläne und die Spannungen an der Basis | S 19-21 |
| ◆ Sektorielle Herausforderungen Sicherheitsdienste – Sich für einen besseren Kollektivvertrag einsetzen Bildung – Der Liberalisierung unseres Schulsystems ein Ende bereiten | S 22-25 |
| ◆ Ansichten / Pensionierte | S 26-27 |
| ◆ Zoom auf die Lokalsektionen Theater – De Roude Fueдем | S 28-31 |
| ◆ Praktische Fragen / Nützliche Infos Langzeitkrankheit – Endlich ein kleiner Schritt nach vorne | S 32-33 |
| ◆ Die Gewinner der Tippspiele Russia 2018 | S 34-35 |



Labor Day und „Sozialrentrée“

Leitartikel

Ein gewarnter Wähler ist gewappnet!

Welche Politik wird in den kommenden fünf Jahren geführt werden? Wird sie den Interessen der Arbeitnehmer, der Rentner und ihren Familien entgegenkommen? Oder müssen wir uns auf eine feindselige Haltung gegenüber dem Salarikat einstellen? Nun, der Ausgang der Parlamentswahlen vom 14. Oktober und die Allianzen die daraus hervorgehen, werden darüber entscheiden. Als erster Vertreter des Salarikats in Luxemburg trägt der OGBL eine Verantwortung: und zwar so gut wie möglich sämtliche Arbeitnehmer sowie die Gesamtheit der Wähler, die im Oktober ihre Stimme abgeben, über die Vorhaben der verschiedenen Parteien die zur Wahl stehen, zu informieren. Und genau das, haben wir mit dieser Aktuell-Nummer, die größtenteils den anstehenden Parlamentswahlen gewidmet ist, vor.

Die Leser werden also in unserem Dossier in der Mitte des Heftes (heraus-trennbar), eine relativ detaillierte Ana-

lyse, über das was die verschiedenen Parteien tun möchten, oder nicht tun möchten in den Bereichen, die direkt die Interessen des Salarikats betreffen, vorfinden. Wir haben nämlich akribisch untersucht, was in ihren Programmen geschrieben steht, und bieten davon eine Zusammenfassung.

Der OGBL ruft nicht dazu auf, für oder gegen eine oder mehrere Parteien zu stimmen, ruft jedoch dazu auf, die Partei oder die Parteien zu wählen, die sich für das Interesse der Arbeitnehmer und ihrer Familien einsetzen. (Lesen Sie zu diesem Thema „Auf den Punkt gebracht“ vom OGBL-Präsidenten). Das ist unsere Mission, denn wenn der OGBL unabhängig von den politischen Parteien ist, ist er aber alles außer politisch neutral, da die Interessen der Arbeitnehmer eminent politisch sind und bleiben.

Angenehme Lektüre.



Olivier Landini

Verantwortlicher der
Kommunikations-
und Presseabteilung

Die Grenzgänger
und der OGBL

LUXEMBOURG →

13

Sich für einen besseren
Kollektivvertrag einsetzen

22



OGB·L Syndicat Bâtiment
Patrons, respectez-nous !
Nous défendrons nos intérêts.



❖
Der Konflikt im Bausektor
verschärft sich. Das Patronat
scheint die Botschaft nicht zu
verstehen, die die Arbeitnehmer
aus dem Sektor ihm am
vergangenen 5. Juli gesendet
haben, als sie massiv durch die
Straßen der Hauptstadt gezogen
sind, um ihren Ärger zum Ausdruck
zu bringen. Lesen Sie auf Seite 21.

Samedi 9 juin de



Panorama

Kurz gesagt

◆ **Der OGBL begeht demnächst sein 40. Jubiläum**, das am kommenden 25. November in der Maison du Peuple in Esch/Alzette gefeiert wird. Bleiben Sie informiert über die OGBL-Aktualität auf www.ogbl.lu und auf den sozialen Netzwerken.

◆ Die Plenarversammlung der Arbeitnehmerkammer (CSL) hat am vergangenen 19. Juni einstimmig **Sylvain Hoffmann zum Direktor der CSL ab dem 1. Januar 2019 gewählt**. Sylvain Hoffmann wird die CSL bis Juli 2019 zusammen mit Norbert Tremuth leiten. Dann wird Norbert Tremuth in Rente gehen. Die CSL hat auch einen stellvertretenden Direktor, Carlo Frising.



Zahlreiche Gesetzesübertretungen auf den Baustellen diesen Sommer

Die Gewerbeinspektion (ITM) hat während des Kollektivurlaubs (vom 27. Juli bis zum 19. August) eine Reihe von Kontrollen auf den Baustellen durchgeführt. Eine Reihe von Rechtsverletzungen und Verstößen wurden festgestellt.

Hier die Bilanz dieser Welle von „ITM“-Kontrollen:

- Es wurden 9 Arbeitsstopps gegen Unternehmen verhängt, die über keine Ausnahmeerlaubnis für Arbeiten während des Kollektivurlaubs verfügten
- Ein Arbeitsstopp wurde gegen ein Unternehmen, wegen der unmittelbaren und ernsthaften Gefahr für die Sicherheit und die Gesundheit der am Arbeitsort anwesenden Arbeitnehmer verhängt.
- Ein Arbeitsstopp wurde gegen ein Unternehmen, wegen der Anwesenheit eines Minderjährigen von weniger als 16 Jahren auf einer Baustelle verhängt.

Außer den oben erwähnten Verstößen wurden oft Verfehlungen gegen Sicherheit und Gesundheit festgestellt, wenn es um Schutzgeländer, Baugerüste und Treppenbeleuchtungen ging.

Bezüglich der Entsendung von Arbeitnehmern hat die ITM 102 Kontrollen durchgeführt, bei denen festgestellt wurde, dass 25 Unternehmen keine diesbezügliche Deklaration gemacht hatten. ◊

Die UEL kündigt ihre Priorität für die kommende Legislaturperiode an



Michel Wurth, Präsident der „Union des entreprises luxembourgeoises (UEL)“, wichtigster Patronatsverband in Luxemburg, war im September von verschiedenen Medien eingeladen worden, um sich im Rahmen des Wahlkampfes zu äußern. Hier eine seiner Aussagen, die die Befürworter des sozialen Fortschritts nicht beruhigen dürfte. Wenigstens sind wir vorgewarnt.

Mittwoch, den 12. September. Michel Wurth ist zu einer Debatte mit dem CGFP-Präsidenten auf RTL eingeladen. Am Ende der Sendung fragt ihn der Journalist, welche Maßnahme die nächste Regierung unbedingt ergreifen muss? Antwort des Betroffenen: „Ich würde sagen, die Flexibilität der Arbeitszeit (...). Uns ist es nicht gelungen, sie unter dieser Regierung durchzusetzen“. Die Antwort hat wenigstens das Verdienst klar zu sein, und Farbe zu bekennen, was die Priorität des Patronats für die kommende Legislaturperiode ist. Es ist nur dem OGBL zu verdanken, dass die Reform des PAN-Gesetzes, die im Jahr 2016 gestimmt wurde, günstiger für die Arbeitnehmer ausfiel, als sie vorher war, und das zum großen Entsetzen des Patronats. ◊

Gründung eines weltweiten Gewerkschaftsnetzes innerhalb der ArcelorMittal-Gruppe

Auf Einladung von IndustriALL Global haben sich um die 70 Gewerkschaftsvertreter aus 18 Ländern am 10. und 11. Juli in Luxemburg getroffen. Eines der Ziele des Treffens: die Gründung eines weltweiten Gewerkschaftsnetzes innerhalb des Konzerns ArcelorMittal.

Die anwesenden Gewerkschaften verteidigen die Interessen von mehreren Zehntausenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, aus praktisch allen Gruben, Produktions- und Stahlverarbeitungseinheiten des Konzerns in Afrika, in der Gemeinschaft der unabhängigen Staaten, in Europa, in Latein- und Nordamerika. Es ist wichtig darauf aufmerksam zu machen, dass der OGBL einziges luxemburgisches Mitglied des gewerkschaftlichen Weltverbandes IndustriALL Global Union ist, und dass demnach der OGBL die einzige luxemburgische Gewerkschaft ist, die dieses neue weltweite Netz mitgegründet hat, und Mitglied davon ist.

Das weltweite Gewerkschaftsnetz von ArcelorMittal hat eine Reihe von immer wieder auftauchenden Problemen innerhalb des Konzerns ausgemacht, und hat insbesondere die Firma (vertreten durch ihren Welt-Personalmanager) darum gebeten, sich in einen formaleren, strukturierteren und regelmäßigeren weltweiten Sozialdialog zu engagieren. Dies müsste geschehen durch die Gründung eines weltweiten Komitees, mit dem Ziel die Fragen zu behandeln, die weltweit von Interesse sind, sowie über die Anerkennung der formalen Rechte der Arbeitnehmer auf Information und auf Konsultation.

Diese Versammlung hat einen weitgreifenden Informationsaustausch zwischen den Gewerkschaften der verschiedenen Länder ermöglicht, und hat uns die Gelegenheit geboten, Kontakte mit den Delegationen der verschiedenen anwesenden Länder zu knüpfen. So hatten am 12. Juli Kollegen aus Argentinien und Kanada die Gelegenheit mit unseren Delegierten, die Produktionsstätte in Differdingen zu besichtigen. ◊



Fokus / Labor Day

„Haben wir wirklich die richtigen Lehren aus der Geschichte gezogen?“

Bei seiner Ansprache zur „Rentrée“, hat der OGBL-Präsident vor der identitären Versuchung gewarnt und dazu aufgerufen, gegen ihren wahren Grund anzukämpfen, nämlich gegen die neoliberale Politik.

„Haben wir wirklich die richtigen Lehren aus der Geschichte gezogen?“ Diese Frage hat OGBL-Präsident André Roeltgen am 3. September anlässlich der sozialen Rentrée von OGBL und FNCTTFEL im „Casino syndical“ in Bonneweg aufgeworfen. Nur eine Stunde zuvor hatten beide Gewerkschaften den jungen amerikanischen Arbeitern gedacht, die ihr Mitwirken an der Befreiung Luxemburgs vom Nazijoch mit ihrem Leben bezahlt haben. Und man macht sich in der Tat Sorgen, wenn man diese Zeit mit der unseren vergleicht. Das „nie wieder“ (d.h.: nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus), das seit dem Ende des 2. Weltkriegs überwog, scheint heute mehr und mehr zu verschwinden. Der beste Beweis dafür



dern, wie z.B. kürzlich in Deutschland (in Chemnitz), beobachtet man eine offen zur Schau gestellte Feindlichkeit gegenüber bestimmten Minderheiten. Für André Roeltgen ist diese Feststellung alles andere als beruhigend: „Die Demokratie und die demokratischen Freiheiten sind in Europa wirklich in Gefahr“. Es ist die Pflicht der Gewerk-

davor gewarnt, sich aus Wahlopportunismus von diesen unheilvollen Ideen verführen zu lassen.

Das Problem muss jedoch an der Wurzel angepackt werden. Tatsächlich bauen die nationalistischen und ausländerfeindlichen Bewegungen und Parteien auf einem Nährboden auf, der von der neoliberalen Politik, die über die letzten Jahrzehnte ausgeübt wurden geschaffen wurde. Abbau der öffentlichen Dienste, Liberalisierung der Märkte, Druck auf Löhne und Renten, Angriffe auf die soziale Absicherung, auf die Renten- und Gesundheitssysteme: diese Politik bildet den Ursprung der sozialen Ungleichheiten, der Entwicklung der Massenarbeitslosigkeit und der Zunahme der Armut, die heute immer größere Teile der Bevölkerung in die Arme dieser nationalistischen und ausländerfeindlichen Bewegungen und Parteien treiben. Der Kampf gegen Letztere beginnt demnach mit dem Kampf gegen die neoliberale Politik.

Daher lautet die OGBL-Empfehlung für die Wahlen im Oktober auch: die Parteien stärken, die für den sozialen Fortschritt in Luxemburg eintreten, die für einen politischen Kurswechsel in Europa, für die Reduzierung der sozialen Ungleichheiten, für bessere Löhne, für die Erhöhung des sozialen Mindestlohns, für die Absicherung der Sozialversicherungen, usw. Eintreten. Es ist höchste Zeit, den Menschen wieder Zukunftsperspektiven zu bieten.

Der Präsident des OGBL hat ebenfalls den derzeit laufenden Digitalisierungsprozess der Wirtschaft angeschnitten,

Soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Klimaschutz

ist der Vormarsch von nationalistischen und ausländerfeindlichen Bewegungen und Parteien überall in Europa. Diese Parteien sind mittlerweile in verschiedenen europäischen Staaten an die Macht gekommen. In anderen Län-

schaftsbewegung, sich dieser nationalistischen Tendenz entgegenzustellen, die auch anfängt, die Luxemburger Gesellschaft zu infizieren. Einige Wochen vor den Parlamentswahlen hat der OGBL die zur Wahl stehenden Parteien

und, in diesem Zusammenhang, die Notwendigkeit, das Arbeitsrecht zu modernisieren. Die digitale Revolution verändert in der Tat tiefgreifend die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer. Die Arbeitnehmer brauchen also heute neue rechtliche Garantien, die auf jeden Fall mit den Gewerkschaften ausgehandelt werden müssen. Die Rechte der Gewerkschaften müssen unbedingt auch gestärkt werden. Da die Realität der Arbeitswelt im ständigen Wandel ist, entspricht jeder verstrichene Tag einer Verschlechterung der Gewerkschaftsrechte, weil sie nicht mehr an die Gegenwart angepasst sind.

Eine andere große Herausforderung, die von der Gewerkschaftsbewegung aus nächster Nähe verfolgt werden muss, ist die Klimapolitik. Wie André Roeltgen unterstreicht, steuert die Menschheit unweigerlich auf unumkehrbare Katastrophen hin, falls nicht zumindest die Ziele, die beim Pariser Abkommen festgelegt wurden, eingehalten werden. Die ersten Opfer dieser Katastrophen werden mit Sicherheit die schwächsten Bevölkerungsschichten sein. Lösungen müssen gefunden werden, demokratisch und im Respekt der sozialen Gerechtigkeit. Dies bedeutet auch, dass die Handlungsmacht des Staates auf keinen Fall verringert werden darf. Der Übergang zur karbonfreien Wirtschaft kann in der Tat nicht ohne bedeutende öffentliche Investitionen in die Entwicklung der dazu notwendigen Infrastrukturen und Dienstleistungen durchgeführt werden.

Für den OGBL versteht es sich von selbst, dass die Fragen der sozialen Gerechtigkeit, der Reduzierung der Ungleichheiten und der sozialen Absicherung eng verbunden sind mit dem Kampf für Demokratie und eine umweltfreundliche Wirtschaft. ◊



In den USA ist der 1. Montag des Monats September Feiertag; es ist der Tag der Arbeit, der „Labor Day“. Seit dem Ende des 2. Weltkrieges, würdigen OGBL und FNCTTFEL die jungen amerikanischen Arbeiter (auf dem amerikanischen Friedhof in Hamm), die als Soldaten ihre Teilnahme an der Befreiung Luxemburgs vom Nazijoch mit dem Leben bezahlt haben.

Traditionell begeben sich anschließend der OGBL und die FNCTTFEL, im Rahmen ihrer „Rentrée syndicale“ in das Casino syndical nach Bonneweg. Dieses Jahr haben außer André Roeltgen vom OGBL auch Nico Wennmacher für die FNCTTFEL (2. Foto unten) und Jean-Claude Reding, CSL-Präsident (3. Foto unten), das Wort ergriffen. ◊



Auf den Punkt gebracht

Die Wahlempfehlung des OGBL für den 14. Oktober



◆◆ André Roeltgen Präsident des OGBL

Im Vorfeld der Parlamentswahlen, die über die politischen Mehrheitsverhältnisse und damit über die anschließende Regierungsbildung entscheiden, hatte der OGBL den politischen Parteien seine wichtigsten Forderungen für die kommende Legislaturperiode übermittelt.

Forderungen für eine Politik, die den Interessen des gesamten Saliariats, seiner Familien und seiner Kinder, höchste Priorität beimisst.

Für eine Zukunftsperspektive, in der die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sozial und beruflich abgesichert sind und die Aufstiegsmöglichkeiten bietet. Für eine Lebensqualität, die den Bedürfnissen der persönlichen Selbstverwirklichung gerecht wird. Für ein gutes Leben, ohne Angst vor der Zukunft, für ein Leben in Frieden und Demokratie.

Eine solche Zukunftsperspektive setzt eine Politik voraus, die für die nächste Legislaturperiode zwei Zielvorgaben ganz oben anstellt.

Erstens die Verringerung der sozialen Ungleichheiten.

Und **zweitens** die Umbrüche in der Gesellschaft, d.h. die zunehmende Digitalisierung und der notwendige ökologische Umbruch, so zu gestalten, dass sie sich nicht gegen die Bedürfnisse und Interessen der arbeitenden Menschen richten, sondern sich im Einklang zu diesen entwickeln.

Die **Wahlempfehlung des OGBL** für die Arbeitnehmer und die Arbeitnehmerinnen Luxemburgs:

Eure Stimmen für die Partei(en), die diese zwei Zielvorgaben zum Leitfaden ihrer angestrebten Regierungspolitik machen.

Beide Zielvorgaben verpflichten sich einer Gesellschaft, die nicht weiter auseinanderdriftet, sondern wieder an gesellschaftlicher Solidarität gewinnt.

Die wesentliche Voraussetzung für diese Solidarität ist ein gestärkter Sozialstaat, der mehr Verteilungsgerechtigkeit in unserer Gesellschaft schafft, für die mittleren und die unteren Einkommensschichten unserer Gesellschaft.

Damit die Gesellschaft nicht weiter auseinanderdriftet und an Solidarität wiedergewinnt.

Wir brauchen deshalb eine Regierungspolitik, die unsere öffentlichen Dienstleistungen und Infrastrukturen absichert, ausbaut und konsequent der kommerziellen Privatisierung entzieht.

Unsere Schulen, unser Gesundheitswesen, unser Sozialwesen, unser öffentlicher Transport, viele wichtige Verwaltungsarbeiten und Dienstleistungen auf kommunaler Ebene haben nichts in privatkommerzieller Hand verloren!

Jede Privatisierung der öffentlichen Versorgung spielt nur Geld in die Kassen der Reichen und spaltet unsere Gesellschaft in jene, die sich diese Dienstleistungen leisten können, und jene, die sie sich nicht oder nur bedingt leisten können.

Wir brauchen eine Regierung, die den Angriffen der Bessergestellten, der privatkommerziellen Versicherungen und der Lobbyisten des Patronats gegen unsere solidarischen, öffentlichen Sozialversicherungen eine klare Absage erteilt!

Unsere öffentlich-solidarische Rentenversicherung schafft soziale und politische Stabilität und vermindert die soziale Ungleichheit. Für die aktuelle wie für die kommenden Generationen des Saliats dürfen die Rentenrechte nicht angetastet werden, sie müssen positiv angepasst und sogar verbessert werden.

Wir brauchen eine Regierung, die die Leistungsstärke der öffentlichen Krankenversicherung ausbaut. Dringend erforderlich ist die positive Anpassung der Nomenklatur an die medizinisch-technischen und pflegerischen Entwicklungen, und keine sozial unverträglichen Schritte, die den privaten Kommerz fördern, wie beispielsweise die Entkonventionierung der Ärzteschaft. Es darf unter keinen Umständen zu einer Zwei-Klassenmedizin in Luxemburg kommen.

Ein wichtiger Eckpfeiler und Gradmesser eines leistungsstarken Sozialstaats sind die staatlichen Sozialleistungen.

Wie die öffentlichen Sozialversicherungen sind sie ein unverzichtbarer Hebel für die Verringerung sozialer Ungleichheit. Der OGBL fordert ihre fortschrittliche Anpassung an die neuen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung und die gesetzlich verankerte regelmäßige Anpassung der Geld- und Sachleistungen an die allgemeine Entwicklung der Einkommen.

Um seine Mission meistern zu können, muss der Sozialstaat über genügend Steuereinnahmen verfügen. Gleichzeitig hat er die Aufgabe für Steuergerechtigkeit zu sorgen.

Beides ist möglich. Dies setzt eine Steuerpolitik voraus, die die Kapitalerträge und den Besitz der Reichen und Bessergestellten stärker besteuert und kein weiteres Absinken der Betriebsbesteuerung mehr zulässt.

Mehr Steuergerechtigkeit sichert die Kaufkraft der unteren und mittleren Einkommensschicht.

Dies tut ebenfalls die automatische Indexierung der Löhne, der Gehälter und der Renten.

Zwischen 2006 und 2013 hat der OGBL strukturelle Verschlechterungen beim Index mit Erfolg verhindern können. Die Indexmanipulationen der damaligen Regierung konnten dank unseres gewerkschaftlichen Widerstands auf die bloße Zeitverschiebung der Anpassungen begrenzt werden.

Die aktuelle Regierung ihrerseits hat den Index nicht mehr angetastet und keine Manipulationen mehr vorgenommen.

Die kommende Regierung ist aufgefordert, das Gleiche zu tun.

Die realen Produktivitätsgewinne müssen zu entsprechenden realen Lohnentwicklungen führen. In vielen Betrieben besteht Nachholbedarf. Sogar in solchen, in denen Kollektivverträge bestehen.

In ihrer Arbeits- und Lohnpolitik muss die kommende Regierung sich der allgemeinen Aufwertung unseres Kollektivvertragswesens widmen, um ein weiteres Absinken der Lohnquote und dem weiteren Auseinanderdriften bei den Löhnen und den Arbeitsbedingungen Vorschub zu leisten.

Und sehr wichtig: die nationale Lohnpolitik muss dafür sorgen, dass die allgemeinen Produktionsgewinne Luxemburgs insgesamt gerechter verteilt werden. Dies erfordert die strukturelle Erhöhung des Mindestlohns. Der OGBL hält seine Forderungen der Steuerbefreiung des Mindestlohns und seiner Erhöhung um 10% aufrecht.

Eine karbonfreie und die natürlichen Ressourcen schonende Gesellschaft. Es führt kein Weg daran vorbei und wir haben überhaupt keine Zeit mehr zu verlieren.

Bis 2050 müssen die Emissionen der für die Erderwärmung verantwortlichen Treibhausgase, in erster Linie das CO₂, auf quasi Null reduziert werden, um die Umweltkatastrophe zu verhindern. Es geht um das Leben und um die Gesundheit der Menschen, es geht darum, die sich abzeichnenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krisen zu verhindern. Die bereits jetzt lebenden Generationen werden zunehmend davon betroffen sein.

Das Pariser Klimaabkommen von 2015 muss ohne den geringsten Zeitverlust umgesetzt werden. Die kommende Regierung muss das Emissionsziel, für das sich Luxemburg verpflichtet hat, strikt einhalten.

Mit Technologie- und Industrieindignität sind die Klimaziele allerdings nicht zu erreichen. Im Gegenteil. Bildung, Wissenschaft und Forschung, technologische und industrielle Innovation sind neben dem modernen Sozialstaat unverzichtbare Wachstumsbranchen, die mit allen politischen Mitteln gefördert werden müssen.

Für die Politik der kommenden Jahre und Jahrzehnte muss eines zum obersten Maßstab werden: die kommenden tiefgreifenden Umbrüche in der Gesellschaft, Digitalisierung und Dekarbonisierung, müssen im Einklang mit einer siche-

ren und besseren sozialen Lage und Lebensqualität der Menschen stattfinden.

Die Verteilung der Arbeit und der Produktivitätsgewinne, die Organisation der Arbeit, die Übergänge bei den beruflichen Qualifikationen und Arbeitsplätzen, das lebenslange Lernen, das Wohnen und die Mobilität der Zukunft und vieles andere mehr dürfen zu keinen neuen sozialen Frakturen führen, sondern müssen im Gegenteil zu mehr beruflicher und sozialer Sicherheit und allgemeiner Lebensqualität führen.

In diesem Sinne brauchen wir ein modernes Arbeitsrecht und eine sozial fortschrittliche Arbeitspolitik, die allen Formen prekärer Arbeitsverhältnisse den Riegel vorschieben.

Die Hand in Hand mit der Bildungspolitik neue Rechte schaffen damit jeder Zugang zu lebenslangem Lernen hat, damit für jeden ohne Verlust der Arbeit und ohne Senkung des Einkommens neue Qualifikationen und neue Berufswege mit gesicherten Zukunftsperspektiven möglich werden.

Damit die Produktivitätsgewinne und die Arbeit über den Weg von Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich gerecht verteilt werden. Und damit die Gestaltung der Arbeit zu Arbeitszeiten führt, die die Harmonisierung von Beruf und freier Zeit fortschreitend verbessert.

Die positive Gestaltung des Arbeits- und Berufslebens setzt eine Politik voraus, die sich zum sozialen Dialog verpflichtet und ihn an die neuen Herausforderungen anpasst. Die gewerkschaftlichen Mitbestimmungs- und Verhandlungsrechte müssen sowohl auf der nationalen wie auf der betrieblichen Ebene gestärkt werden.

Die sozialpartnerschaftlichen Institutionen Luxemburgs müssen auf Vordermann gebracht werden, um die beschriebenen gesellschaftlichen Umbrüche mitzugestalten, mitzubestimmen und mitzubegleiten. Mit anderen Worten: ein neues „Modell Luxemburg“ tut Not. ◊

Fokus / Grenzgänger



Jean-Claude Bernardini
Mitglied des geschäftsführenden Vorstands

Die Grenzgänger und der OGBL

Eine sehr lange Geschichte!

Die Beziehung zwischen OGBL und Grenzgängern ist alt. Rückblick auf diese lange Geschichte die weiterläuft.

An diesem Montagvormittag haben wir uns in den OGBL-Räumlichkeiten in Esch-Alzette getroffen, um über eine neue Broschüre zum Thema Grenzgänger im Großherzogtum Luxemburg nachzudenken. Wenn ich sage „wir“, dann handelt es sich dabei um die Zentralsekretäre die für die Grenzgängersektionen verantwortlich sind und um verschiedene Militanten dieser Sektionen.

Ich eröffne die Sitzung indem ich verschiedene Ideen aufwerfe, die in der Broschüre aufgenommen werden müssten und erkläre, dass ich einige Startschwierigkeiten habe, das heißt, dass ich nicht so richtig weiß wie ich anfangen soll beziehungsweise wie ich das Thema an sich angehen soll. „Aber“ sagt Angela auf sehr spontane Art, „beginnen wir doch einfach mit dem Anfang, und gehen wir anschließend auf die verschiedenen Aspekte der Grenzgängerproblematik ein“. Und einmal mehr hat sie einfach nur recht!

In der Einleitung unserer Broschüre werden wir also zunächst daran erinnern, dass es sich zwischen OGBL und Grenzgängern um eine lange und alte Geschichte handelt. „In der Tat“ sagt Manuel, „ich habe irgendwo gelesen, dass der OGBL seit über 60 Jahren für die Grenzgänger da ist. 1956 wurde der

belgisch-luxemburgische Grenzgängervorstand, mit der Unterstützung der FGTB (Fédération Générale du Travail de Belgique) und des OGBL gegründet, und im Januar 1974 wurde das erste offizielle Büro für belgische Grenzgänger in Athus gegründet.

Wenn der belgisch-luxemburgische Grenzgängervorstand auch am Anfang fast ausschließlich aus Arbeitnehmern der Stahlindustrie, die in Belgien wohnten und OGBL-Mitglieder waren, zusammengesetzt war, so wurde 1972 eine neue belgische Sektion (zusammengesetzt aus Arbeitern der kleinen und mittleren Betriebe) gegründet. Im Anschluss an die neueste Reform der OGBL-Statuten haben diese beiden Sektionen fusioniert, zu nur noch einer einzigen belgischen Grenzgängersektion.

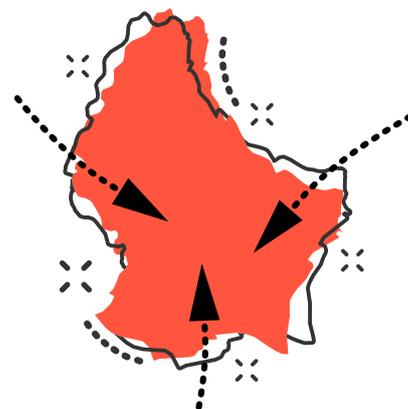
Die Grenzgängerarbeit hat derart zugenommen, dass der OGBL dazu angeregt wurde, ein immer leistungsstärkeres Sprechstundenangebot für die belgischen Grenzgängermitglieder, in enger Zusammenarbeit mit der FGTB und mit der Mutualité Socialiste (Sozialistische Krankenkasse) der Provinz Luxemburg einzuführen.

Vor Ort spiegelt sich diese exzellente Zusammenarbeit in der Tatsache wie-

der, dass die FGTB sämtliche Grenzgängerforderungen übernimmt und sie gegenüber der Regierung, den Parteien sowie den belgischen Bundes- und Regionalverwaltungen verteidigt. Sie drückt sich ebenfalls konkret durch die Herausgabe von Broschüren, durch die Organisation von gemeinsamen Kundgebungen und Aktionen sowohl auf regionaler als auch auf europäischer Ebene aus.“

„In Ordnung Manuel, Du hast das bestimmt in dem Buch gelesen, das der OGBL vor Kurzem bei Gelegenheit des 100. Jubiläums der freien luxemburgischen Gewerkschaften herausgegeben hat, also in dem Buch, das die 100 Jahre Leben, Leiden, Aktionen, Kämpfe und Einsatz von unserem Gewerkschaftsbund behandelt,“ bekräftigt Alain mit Überzeugung.

„Es ist gut an all dies für Belgien zu erinnern“, bemerkt Claude, „aber wie steht es mit den französischen Grenzgängern? Es gibt sicherlich weniger darüber zu schreiben oder zu sagen...“



Fokus / Grenzgänger

„Nicht wirklich“, greift Danièle in ihrer selbstsicheren Art und Weise ein. „Stell Dir vor, dass 1967 die erste Grenzgängergruppierung des OGBL in Volmerange-les-Mines entstand, gefolgt im Jahr 1972 von der Gründung der Grenzgängersektion aus Villerupt, heute Sektion Audun-le-Tiche - Villerupt - Pays Haut, gefolgt von der Sektion Thionville-Metz, die 2002 gegründet wurde.“

Von Anfang an haben diese drei Sektionen eng mit den lokalen Abteilungen der CGT zusammengearbeitet und ein Kooperationsvertrag wurde ebenfalls zwischen dem OGBL und der nationalen CGT unterzeichnet.“

„Weniger getroffen von der industriellen Krise, die Lothringen und den Süden Belgiens voll erwischte, brauchte der Zustrom von Arbeitnehmern aus Deutschland mehr Zeit, sich zu organisieren. Die deutsche Grenzgängersektion wurde 1977 gegründet. Nach dem gut eingespielten Schema der Nachbarländer suchte diese Sektion Unterstützung bei der großen deutschen Gewerkschaft DGB, um die Sprechstunden in Rheinland-Pfalz und im Saarland zu organisieren“, erklärt Dietmar, um so zusammenfassend die Geschichte der Gründung der Grenzgängersektionen des OGBL zu vervollständigen.

„Es ist aber gut, es fertigzubringen mehr als 60 Jahre Kampf und Forderungen auf etwas mehr als einer Seite zusammenzufassen“, schließt Angela ab, die nicht nur ein bisschen stolz auf ihren ursprünglichen Vorschlag ist. „Und nun“, fährt sie ebenso überzeugend wie entschlossen fort, „können wir unsere Hauptforderungen und -verpflichtungen in Erinnerung bringen, bevor wir den einen oder anderen spezifischen

Punkt bezüglich der Grenzgänger ansprechen“.

„Ja“, fährt Dietmar fort, „es geht hauptsächlich darum, sämtliche Arbeitnehmer zu vereinen, so wie es der OGBL seit jeher tut. Und wenn wir allgemeine nationale oder gar europäische Forderungen und Prioritäten stellen, so handeln wir zuerst im Interesse aller Arbeitnehmer, die die in Luxemburg wohnen und die Grenzgänger. Demnach will der OGBL, wenn er einen starken und fortschrittlichen Sozialstaat verlangt und unterstützt, der in der Lage ist eine effiziente öffentliche Sozialversicherung für alle Bürger zu garantieren, wenn er einen modernen Gesundheitssektor sowie moderne soziale Dienstleistungen fordert, die den Bedürfnissen aller entsprechen, so stellt er Forderungen und setzt sich für sämtliche Arbeitnehmer und Rentner, inklusive Grenzgänger, ein.“

„Das stimmt was sie sagen“, setzt Maxime, der Neueste in der Bande, noch einen drauf, „und wenn der OGBL Forderungen stellt und sich für die Aufrechterhaltung des Lohnindexsystems und für die Erhöhung des gesetzlichen sozialen Mindestlohns einsetzt, handelt er im Interesse sämtlicher Arbeitnehmer. Wir als Grenzgänger sollten uns eigentlich massiv mobilisieren, um aktiv an der Seite des OGBL an den Sozialwahlen, die im März 2019 stattfinden werden, teilzunehmen.“

„In der Tat“, bestätigt Nathalie. „Es ist fast eine zivile Verpflichtung, sich für die Sozialwahlen zu engagieren. Wir können es auf zwei unterschiedliche Arten tun: Indem wir massiv an den Wahlen, sowohl in den Unternehmen als auch bei der Wahl zur Arbeitnehmer-

kammer, teilnehmen, und indem wir Kandidat auf einer OGBL-Liste werden, auf unserem Arbeitsplatz oder auf nationaler Ebene.“ „Ja“, bestätigt Marc, mit seinen 40 Jahren Erfahrung im Großherzogtum; „Ja, es ist wichtig, dass die Grenzgänger dieses fundamentale demokratische Grundrecht ausüben, das ihnen seit 1958 von der Luxemburger Gesetzgebung gewährt wird, und nicht nur an der Wahl teilnehmen, sondern vor allem den OGBL unterstützen, und so den Kampf, der vor über 60 Jahren von den Vorfahren begonnen wurde, weiterführen.“

Nach diesen Worten sind alle still und nachdenklich und machen sich in ihrem tiefsten Inneren Gedanken über den in Kürze anstehenden Wahlkampf und die konkrete Weise, wie sie sich dort einbringen können...

Nach wenigen Minuten ruft Angela alle zur Ordnung auf und erklärt: „Jetzt können wir weitermachen und den spezifischen Teil unserer Vorstellungsbroschüre in Angriff nehmen, und zwar die besondere Problematik, die die Grenzgänger betrifft...“

In der Tat mangelt es nicht an Themen: Da gibt es zuerst alle täglichen Fragen zum Arbeits- und Sozialrecht. Dann die OGBL-Infos, die den außerordentlichen Urlaub behandeln, den Vorruhestand, sowie die Broschüren zu ganz spezifischen Themen (wie Besteuerung, Kaufkraft, Mobilität usw....).

Um die Ergebnisse unserer unterschiedlichen Überlegungen einzusehen und zu lesen, laden wir Sie dazu ein, unsere spezifischen Veröffentlichungen für Grenzgänger auf unseren Internet-Webseiten zu besuchen. ◊



Sie benötigen eine Information, Beratung oder Hilfestellung bei Problemen

- mit Ihrem Arbeitgeber im Bereich des Arbeitsrechts,
- im Bereich des Sozialrechts, z.B. bei Krankheit, Invalidität, Arbeitsunfall, Pension, Kindergeld oder Arbeitslosigkeit,
- als eingewanderter Mitbürger oder Grenzgänger mit den Institutionen der Sozialversicherung Ihres Ursprungslands?

Dann wenden Sie sich an uns per Telefon: **(+352) 2 6543 777**

per Mail an info@ogbl.lu oder direkt an eine unserer Zweigstellen

In Deutschland:

D-54634 Bitburg – Karenweg 14
 D-66740 Saarlouis – Karcher-Str. 1A
 (direkt am Kleinen Markt)
 D-54292 Trier – Herzogenbuscher-Str. 52,
 DGB-Gewerkschaftshaus, 1. Obergeschoss links
 (Ver.di)

In Belgien

B-6700 Arlon – 80, rue des Martyrs (FGTB)
 B-4920 Aywaille – 22, rue Louis Libert (FGTB)
 B-6600 Bastogne – 8a, rue des Brasseurs (FGTB)
 B-6720 Habay-la-Neuve –
 11, rue de l'Hôtel de Ville (Mutualité Socialiste)
 B-6690 Vielsalm – 57, rue de la Salm (FGTB)
 B-6760 Virton – 3, Grand-rue (FGTB)

In Frankreich:

F-57390 Audun-le-Tiche – 64, rue Maréchal Foch
 F-54810 Longlaville – Maison de la Formation CGT /
 Espace Jean Monet
 F-57100 Thionville – 32, allée de la Libération
 F-57330 Volmerange-les-Mines – 2, av de la Liberté

Das „Salon des frontaliers“ am 30. November
 Die OGBL-Sektion „Audun – Villerupt – Pays Haut“
 und der OGBL organisieren am kommenden 30.
 November die 6. Auflage des „Salon des frontaliers“
 (von 10 bis 18 Uhr) im Sportkomplex von Mont-Saint-
 Martin, rue de Marseille, F-54350).



Der OGBL nimmt an der **Internationalen Messe in Metz (FIM)** teil, die vom 28. September bis zum 8. Oktober im Messezentrum stattfindet.



Fokus / Sozialversicherung



Carlos Pereira
Mitglied des geschäftsführenden Vorstands

Gekreuzte Blicke auf die Pensionen

Wie schön ist sie, die Solidarität zwischen den Generationen!

Christiane ist 26 Jahre alt. Sie hat eben ihr Studium abgeschlossen und fängt in zwei Wochen an zu arbeiten. Es ist ihr erster Job. Die Pension? Nein, sie denkt natürlich noch nicht daran. Das ist noch weit entfernt. Und ihre Vorgänger haben sowieso die Situation gut im Griff. Sie hat in der Presse davon gehört. Es gab sogar schon eine erste Reform, so gegen 2012/2013, deren Ziel, so hat sie verstanden, es gerade war, dafür zu sorgen, dass ihre Generation noch eine Rente bekommen wird, wenn sie alt ist. Und darüber hinaus reden die Politiker weiter darüber, und lassen durchblicken, dass sie letztes Mal vielleicht nicht weit genug gegangen sind, und dass sie bereit sind, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um das System noch einmal zu reformieren, und so sicherzustellen, dass die zukünftigen Generationen auch noch eine Rente bekommen, wie die vorhergehenden Generationen. Sie nennen das: „Solidarität zwischen den Generationen“...

Solidarität zwischen den Generationen? Schauen wir uns das einmal etwas näher an. In Wahrheit führt die Rentenreform von 2012 dazu, dass Christiane, wenn sie in Rente geht, etwa 15% weniger bekommen wird, als sie normalerweise bekommen hätte, wenn die Reform nicht gestimmt worden wäre. Gut, wird sich Christiane vielleicht sagen, das ist der Preis, der zu zahlen ist, um das System zu retten. Sie wird dann aber vielleicht versuchen, etwas über die finanzielle Lage des Systems herauszufinden. Und dann wird sie feststellen, dass auch wenn morgen niemand mehr in das Rentensystem einzahlen würde, die Reserven, die sich derzeit auf 18,8 Milliarden (=18.800.000.000) Euro belaufen, reichen würden, um noch während fast fünf Jahren die Renten auszuzahlen. Darüber hinaus ist das Volumen der Beiträge der Arbeitstätigen höher als die Ausgaben, um die Renten zu bezahlen

(24% Einnahmen gegenüber 21,9% Ausgaben). Spätestens dann wird Christiane merken, dass wie schön diese Solidarität zwischen den Generationen, die man ihr andrehen will, wirklich ist. ◊



Für ein leistungsstarkes Rentensystem

Der OGBL wehrte sich und wehrt sich immer noch gegen die Rentenreform von 2012, die den Rentenbetrag verschlechtert hat, den die zukünftigen Generationen bekommen werden und die ebenfalls andere Mechanismen zum Nachteil der derzeitigen Rentner vorsieht, wenn die Ausgaben des Systems höher wären als die Einnahmen. Der OGBL widersetzt sich auch gegen jegliche mögliche neue Verschlechterung des Systems, die zum Beispiel darauf abzielen würde, die Renten noch weiter zu kürzen oder das Renteneintrittsalter anzuheben. Der OGBL verpflichtet sich, unser aktuelles System zu verteidigen, und falls es in Zukunft zu Finanzierungsschwierigkeiten kommt, spricht er sich für eine Erhöhung der Beiträge oder für andere zusätzlich Finanzierungsquellen anstelle von Leistungskürzungen aus. ◊



Das Leben mit einer niedrigen Pension ist nicht einfach!

Jean ist 69 Jahre alt. Er ist Witwer. Er hat sein ganzes Leben in der Fabrik gearbeitet und ist seit zehn Jahren in Rente. Er hat viel Zeit. Das Problem ist eher das Geld. Er hat nie besonders viel verdient. Doch seit er in Rente ist, hat er 600€ an Kaufkraft verloren. Es bleiben ihm eben gerade 2.125€ brutto pro Monat. Er hat Gott sei Dank schon seit längerem seine Schulden zurückbezahlt. Doch mit seinen Zahnproblemen, seinen Problemen mit den Augen und mit seinem Rücken, der trotz zwei Operationen weiterhin schmerzt, und anderen Gesundheitsproblemen, die mit dem zunehmenden Alter auftauchen, braucht man nicht zu sagen, wie sehr seine Ausgaben für die Gesundheit sein Budget belasten. Mit seinen Rückenproblemen bräuchte er auch jetzt eine Hilfe, um seine Einkäufe zu tätigen, um seinen Haushalt zu führen und um sich zu waschen, doch zögert er auf einen Heimpflegedienst zurückzugreifen. Er hat die Rechnung schon gemacht. Das riskiert finanziell zu knapp zu werden. Darüber hinaus möchte Jean weiterhin seinen Enkelkindern Geschenke machen können. Nichts Besonderes, ab und zu. Und dann ist da noch Sylvie, seine Tochter, die ihre Kinder allein erzieht, und die hie und da kleine Arbeiten verrichtet. Jean hilft ihr, so wie er kann, aber manchmal kann er nicht. Es reicht, dass irgend etwas passiert, und dann geht die Gleichung nicht mehr auf.

Und dann gibt es diese Preise, die ständig steigen. Die Rente von Jean steigt ab und zu, ein wenig; nicht sehr viel. Das nennt man „Adjustement“ (Anpassung der Renten an die Gähälterentwicklung). Er erinnert sich übrigens daran, dass die Regierung 2013 die Renten nicht angepasst hat. Das hat ihm noch weitere Kaufkrafteinbußen beschert. Und die Anpassung von 2014 haben die Rentner erst später bekommen. Und dann weiß Jean, dass diese Anpassung komplett verschwinden könnte, wenn die Ausgaben des Rentensystems zu sehr ansteigen. Die Reform von 2012 sieht dies vor. So wie ebenfalls die Endjahresprämie abgeschafft werden könnte, die für Jean so etwas wie ein bisschen frische Luft ist. Sie könnte auch vollständig verschwinden, wenn die Ausgaben zunehmen würden. Es ist hart, sagt sich dann Jean, während 40 Jahren so hart gearbeitet zu haben, und am Ende damit beschäftigt sein, sein Geld zu zählen. ◊

OGBL-Fonds zugunsten der Studierenden

Für das akademische Jahr 2018-2019, hat der Nationalvorstand des OGBL einen Kredit von 50.000€ gewährt für Stipendien zugunsten von Kindern von OGBL-Mitgliedern, die an Hochschulen studieren.

Reglement

1. Zielsetzung für den OGBL-Fonds zugunsten der Studierenden

Der Bildungsfonds des OGBL hat zum Ziel - über die Vergabe eines jährlichen Stipendiums - die Hochschulstudien der Kinder von OGBL-Mitgliedern zu unterstützen. Der Nationalvorstand des OGBL legt jährlich den Betrag des gewährten Stipendiums fest.

2. Voraussetzungen für die Unterstützung

• Mitglieder:

- i. Das OGBL-Mitglied, dessen Kinder an einer Hochschule studieren, kann ein Stipendium erhalten, falls das Mitglied dem OGBL ohne

Unterbrechung angehört:

- Entweder seit seinem Beitritt, falls er zu diesem Zeitpunkt jünger als 25 Jahre war;
 - Oder seit mindestens 20 Jahren, falls er zum Zeitpunkt des Beitritts über 25 Jahre alt war.
- ii. Falls das Mitglied verstorben ist, werden die verstrichenen Jahre seit dem Todesfall mit einbezogen, unter Bedingung dass der überlebende Partner innerhalb von drei Monaten die Mitgliedschaft weitergeführt hat.
 - iii. Des Weiteren muss das Mitglied in den vorangegangenen 5 Jahren vor Anfrage den in den OGBL-Statuten vorgesehenen Beitrag bezahlt haben.
 - iv. Falls das Mitglied zuvor einer anderen Gewerkschaft angehört hat (Zertifikat der vorherigen Gewerkschaft beilegen), werden die Jahre während deren er dort Mitglied war, mit einbezogen.

Jedoch muss dieses Mitglied dem OGBL seit mindestens fünf Jahren ohne Unterbrechung angehören.

• Kinder:

Für den Bildungsfonds werden als Kinder angesehen:

- i. Eheliche Kinder.
- ii. Die im Zivilstand anerkannten Kinder.
- iii. Die Kinder, die seit einem frühen Alter, unter der Vormundschaft eines OGBL-Mitglieds stehen.
- iv. Die Kinder aus einer früheren Ehe des Mitglieds des OGBL, sofern sie unter dem gleichen Dach leben und das Mitglied zum größten Teil für sie unterhaltspflichtig ist.

• Studien:

- i. Das Studienprogramm und der Studienzyklus müssen offiziell im Rahmen des Hochschulsystems des Landes, in welchem die Studien absolviert werden, stattfinden.
- ii. Das Studiendiplom muss von einer, oder im Namen einer, für das Hochschulwesen zuständigen staatlichen Autorität ausgeliefert werden.
- iii. Für Jahre bzw. Semester, die wiederholt werden, wird kein Stipendium ausbezahlt.

3. Die Anfrageformulare

Die Anfrageformulare werden mindestens 3 Monate vor dem Abgabetermin im AKTUELL veröffentlicht.

4. Fristen

Der Abgabetermin wird auf dem Anfrageformular angegeben. Eine Überschreitung der Frist wird nicht zugestanden. Es gilt das Datum des Poststempels.

5. Rekurs

Falls eine Anfrage abgelehnt wird, kann das beantragende Mitglied die Überwachungskommission befragen, die in letzter Instanz entscheidet.

Der Anfrage muss beilegen:

Ein Beleg der Einschreibung an einer Hochschule.



Anfrageformular für den Erhalt eines Stipendiums des OGBL für Hochschulstudien

Hiermit beantragt
der/die Unterzeichnete

Name _____ Vorname _____

Postleitzahl _____ Ortschaft _____

Straße und Nr _____

OGBL-Mitgliedsnummer _____

Sonstige Gewerkschaftszugehörigkeit _____

beim OGBL ein Stipendium für
seinen Sohn/seine Tochter

Name _____ Vorname _____

der/die die _____ besucht

um dort _____ (Fach) zu studieren

wo er/sie seit _____ eingeschrieben ist

Ein Stipendium des OGBL ist bereits für das Jahr/die Jahre:
_____ ausbezahlt worden

In Erwartung einer positiven Antwort verbleibe ich mit
gewerkschaftlichen Grüßen

Unterschrift

**Zusammen mit einem Beleg der Einschreibung an einer Hochschule bis
spätestens den 28. Februar 2019 einzusenden an:**

**OGBL Gestion des membres
31, avenue Grande-Duchesse Charlotte
L- 3441 Dudelange**

DOSSIER

#4 2018 | BEILAGE DES AKTUELL |

LOGBL

AK EQUIPE FÜR DEN ANTRITT



ZUKUNFT
ZESUMMENHALT
GUTT LIEWEN



AK Equipe für den Antritt



Nationale Parlamentswahlen 2018

Die Wahlprogramme der Parteien im Vergleich

Einleitung

Liebe Leserinnen und Leser,



Am 14. Oktober werden Sie, falls stimmberechtigt, mit Ihrer Stimmabgabe über die Stärke der einzelnen Parteien in der Abgeordnetenkammer entscheiden. Mit ihrer Stimmabgabe werden Sie Einfluss auf die Regierungsbildung und auf die politischen Entscheidungen für die kommenden 5 Jahre nehmen.

Wählen Sie eine Politik, die den Interessen des gesamten Salarjats, das seiner Familien und seiner Kinder höchste Priorität beimisst.

Eine Politik, die Ihnen und Ihren Familien eine Zukunftsperspektive bietet, in der Sie sozial und beruflich abgesichert sind und die Ihre Aufstiegsmöglichkeiten festigt. Für eine Lebensqualität, die Ihren Bedürfnissen der persönlichen Selbstverwirklichung gerecht wird. Für ein gutes Leben, ohne Angst vor der Zukunft, für ein Leben in Frieden und Demokratie.

Wählen Sie eine Politik, die die sozialen Ungleichheiten verringert. Und eine Politik, die den Wandel in unserer Gesellschaft, nämlich den der zunehmenden Digitalisierung und des notwendigen ökologischen Umbruchs, so gestaltet, dass er sich nicht gegen die Bedürfnisse und Interessen der arbeitenden Menschen richtet, sondern sich im Einklang zu diesen entwickelt.

In diesem AKTUELL-DOSSIER wollen wir Ihnen einen vergleichenden Überblick über die verschiedenen programmatischen Aussagen der Parteien zu wichtigen Themenbereichen anbieten.

Wir haben uns aus Platzgründen auf zwölf aus gewerkschaftlicher Sicht zentrale Themenblöcke beschränkt; Leser, die an anderen Positionen interessiert sind, wie zum Beispiel zu Gesellschaftspolitik, Umwelt- und Klima-, Bildungspolitik¹, Flüchtlingsfrage oder Aufrüstung sind gebeten, diese in den jeweiligen Programmen nachzulesen. Es werden hierbei nur die Programme der Parteien berücksichtigt, die in allen vier Wahlbezirken antreten.

N.B. Bei einigen zentralen Themenpunkten und aus unserer Sicht besonders kritisch zu sehenden Vorschlägen haben wir bei verschiedenen Programmaussagen dieser oder jener Partei unsere Anmerkungen beigefügt. Diese sind im Text kursiv gesetzt.

Wir hoffen mit diesem AKTUELL-DOSSIER einen konstruktiven Beitrag für ihre demokratische Willensbildung geleistet zu haben.

| | |
|--|------|
| ◆ Index | S 3 |
| ◆ Mindestlohn | S 4 |
| ◆ Tarifverhandlungen | S 6 |
| ◆ Mitbestimmung im Betrieb und Sozialdialog | S 7 |
| ◆ Arbeitszeit | S 8 |
| ◆ Sicherung der beruflichen Laufbahnen | S 10 |
| ◆ Berufliche Weiterbildung | S 12 |
| ◆ Renten | S 14 |
| ◆ Krankenversicherung und Gesundheitswesen | S 16 |
| ◆ Familienleistungen | S 18 |
| ◆ Kampf gegen die Spekulation im Wohnungswesen | S 20 |
| ◆ Steuern | S 22 |

¹ Zu diesem Thema sei auf das Rundtischgespräch mit den politischen Parteien verwiesen, das von SEW/OGBL, FGIL und FNCTTFEL organisiert wird und am 5. Oktober im Casino syndical in Bonneweg stattfindet.

Index

Für den OGBL bildet die Verteidigung des aktuellen Systems der automatischen Anpassung der Löhne an die Inflation eine rote Linie, die nicht überschritten werden darf. Der OGBL hat alle Parteien aufgefordert, sich in ihren Wahlprogrammen auf den Erhalt des Index und gegen jede neue Modulation des Indexmechanismus zu verpflichten.



Liste 1 - Piraten

Die Piraten sprechen sich für eine Deckelung des Index auf dreimal den Mindestlohn aus, dies um ein Auseinandergehen der Lohnschere zu bremsen und „damit der Index auch in Zukunft bezahlbar bleibt“.

Anm. des OGBL: Diese Argumentation verkennt, dass es sich beim Index um einen bloßen Kompensationsmechanismus der Inflation handelt. Ein gedeckelter Index, wie er vor einigen Jahren, bereits von J.-C. Juncker angedacht wurde, wäre eine strukturelle Verschlechterung und der Beginn vom Ende des luxemburgischen Indexsystems.



Liste 2 - déi Gréng

Nicht behandelt.

Anm. des OGBL: Es gibt im Wahlprogramm der Grünen also keinerlei Aussage zum Erhalt des Indexsystems oder bezüglich etwaiger neuer Manipulationen.



Liste 3 - LSAP

Die LSAP unterstreicht, dass sie „ohne Abstriche“ am automatischen Index-Mechanismus festhalten will.



Liste 4 - CSV

Die CSV betont, dass die Indexierung der Löhne und Pensionen „fester Bestandteil“ ihrer Politik ist, und sie sicherstellen

wird, dass „die Löhne und Altersbezüge weiterhin mit den Lebenshaltungskosten Schritt halten“.

Anm. des OGBL: Hier wäre klar zu stellen, ob dies etwaige neue Indexmanipulationen ausschließt oder ob die CSV sich mit dieser vagen Formulierung doch eine Hintertür offenlässt.

Liste 5 - KPL

Die KPL fordert den Erhalt des Index und die Wiedereinführung einer Vorschusstranche von 1,5%.



Liste 6 - DP

Die DP betont, dass sie am aktuellen Index-System festhalten will.



Liste 7 - ADR

Die ADR spricht sich für die integrale Anpassung von Löhnen, Renten und Kindergeld an den Index aus.



Liste 8 - déi Lénk

Die Linke will, um die Lohnentwicklung „zu dynamisieren“, den Index beibehalten und weiterentwickeln, insbesondere durch die Wiedereinführung einer Vorschusstranche. Darüber hinaus fordert sie eine europaweite Lohnindexierung.



Mindestlohn

Aufgrund der Tatsache, dass der luxemburgische Mindestlohn im Vergleich zur Entwicklung des Durchschnittslohns und den Produktivitätsgewinnen der letzten Jahre zu niedrig ist, fordert der OGBL eine strukturelle Erhöhung des Mindestlohns um 10%. Darüber hinaus fordert der OGBL die völlige Befreiung des Mindestlohns von der Einkommenssteuer.



Liste 1 – Piraten

Für die Piraten soll der Mindestlohn 20% über der nationalen Armutsrisikoschwelle (die ihrerseits bei 60% des Medianlohns festgelegt ist) liegen. Dies soll jedes Jahr im Januar neu berechnet werden. Daneben soll der Mindestlohn integral von der Einkommenssteuer befreit werden.



Liste 2 – déi Gréng

Die Grünen verpflichten sich, den Mindestlohn zu erhöhen und regelmäßig an „die Entwicklung der Kaufkraft“ anzupassen. *Anm. des OGBL: Damit ist offenbar das Weiterbestehen der gesetzlichen Anpassung an die allgemeine Lohnentwicklung gemeint; von einer strukturellen Erhöhung ist keine Rede.* Daneben setzen sie sich für einen europäischen Mindestlohn ein, der sich jeweils „am nationalen BIP“ orientieren soll.

Anm. des OGBL: Dies wäre eine andere Formel als die z.B. vom Europäischen Gewerkschaftsbund geforderte Anpassung an die Entwicklung des Medianlohns. Die Auswirkungen auf Luxemburg eines solchen Systems sind unklar.

Liste 3 – LSAP

Die LSAP engagiert sich, „als Sofortmaßnahme“ den Mindestlohn zum 1.1.2019 um 100 € netto zu erhöhen. Darüber hinaus spricht sie sich für eine „strukturelle Anpassung des Mindestlohns an die wirtschaftliche Entwicklung“ aus, um sicherzustellen, dass „dass alle Menschen von ihrem Einkommen leben können, ohne Sozialhilfe beantragen zu müssen.“ Weiter spricht sie sich für eine zusätzliche steuerliche Entlastung der Mindestlohnempfänger aus.

LSAP

Liste 4 – CSV

Die CSV spricht sich für eine regelmäßige Anpassung des Mindestlohns an die allgemeine Lohnentwicklung aus. Darüber hinaus will sie den Mindestlohn „vor allem im Nettobereich“ nach oben anpassen. Sie spricht sich dementsprechend für einen „degressiven Steuerkredit“ für Mindestlohnbezieher aus.

CSV

Anm. des OGBL: D.h. die CSV sieht zwar Handlungsbedarf beim Mindestlohn, will diesen jedoch nicht durch eine strukturelle Erhöhung, sondern ausschließlich durch steuerliche Maßnahmen angehen.





Liste 5 – KPL

Die KPL fordert eine Erhöhung des Mindestlohns um 20% und die Befreiung der Mindestlohnempfänger von allen direkten Steuern.



Liste 6 – DP

Die DP betont, dass sie zu der vorgesehenen gesetzlichen Erhöhung des Mindestlohns steht; sie will jedoch die Auswirkungen jeder Mindestloohnerhöhung auf die Wirtschaft und die Arbeitslosenquote überprüfen. Die DP bevorzugt Maßnahmen die nicht „auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe“ gehen, darunter Mietsubventionen und unentgeltliche Kinderbetreuung.

Anm. des OGBL: Nicht nur spricht sich die DP also nicht für eine strukturelle Erhöhung aus, sie stellt sogar die bestehende regelmäßige Erhöhung des Mindestlohns in Frage.



Liste 7 – ADR

Die ADR will den Mindestlohn „im Dialog mit Gewerkschaften und Patronat“ erhöhen. Zusätzlich zu diesen Verhandlungen sollen Steuerkredite für Niedriglohnempfänger vorgesehen werden, um sicherzustellen, dass der Nettomindestlohn über dem Armutsrisiko liegt. Dieser soll dann auch in Zukunft angepasst werden, um den gleichen Abstand zwischen Mindestlohn und Armutsrisiko zu wahren.

Anm. des OGBL: Da die Diskussionen im Wirtschafts- und Sozialrat bereits gezeigt haben, dass das Patronat jegliche Erhöhung des Mindestlohns ablehnt, ist eine Einigung mit dem Patronat auf diesem Punkt illusorisch und würde zum Resultat haben, dass der Mindestlohn nicht erhöht wird.

Liste 8 – déi Lénk

deí Lénk

Die Linke spricht sich für eine „substantielle“ Erhöhung des Mindestlohns in zwei Stufen aus, die sicherstellen würde, dass der Mindestlohn über der Grenze von 60% des Medianlohns liegt. Daneben betont die Linke, dass der Zugang auf den qualifizierten Mindestlohn nach 10 Jahren garantiert werden muss. Auf EU-Ebene soll ein europäischer Mindestlohn eingeführt werden, der sich an den Lebenshaltungskosten des jeweiligen Landes orientieren und Bestandteil eines starken Sockels der Sozialrechte sein soll.

Tarifverhandlungen

Für den OGBL ist eine Reform des Kollektivvertragsgesetzes unumgänglich, um die Verhandlungsrechte der Gewerkschaften zu stärken und die kollektivvertragliche Absicherung der Arbeitnehmer auch in kleinen und mittleren Unternehmen umsetzen zu können. Daneben fordert der OGBL globale Lohnverhandlungen für den gesamten öffentlichen Sektor.



Liste 1 – Piraten

Die Tarifpolitik wird im Wahlprogramm der Piraten nicht spezifisch behandelt. Für den öffentlichen Dienst fordern die Piraten eine fünfjährige Einfrierung des globalen Gehälterbudgets auf dem Stand von 2018, dies aufgrund einer angeblichen „impliziten Staatsverschuldung“ (damit sind vor allem Rentenansprüche gemeint) von „1000%“.



Liste 2 – déi Gréng

Die Grünen wollen eine Evaluierung und Reform des „Sozialdialogs“, die auch zum Ziel haben soll, dass „Konflikte in den Bereichen Arbeit und Lohn zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und deren Gewerkschaften geschlichtet werden können“.

Anm. des OGBL: Da eine Schlichtungsprozedur in Luxemburg bereits seit vielen Jahrzehnten existiert, bleibt unklar, worin hier der Unterschied zum bestehenden System besteht.



Liste 3 – LSAP

Die LSAP setzt sich für eine „konsequente Stärkung“ des Arbeitsrechts ein, dies auch im Sinne einer Absicherung des Streikrechts und einer Stärkung der Kollektivverträge. Die nationale Tarifpolitik soll sich am „geschaffenen Mehrwert und Produktivitätsgewinn“ orientieren. Allgemein unterstützt die LSAP die Gewerkschaften in ihren Bemühungen für eine „leistungsgerechte“ Entlohnung.



Liste 4 – CSV

Die CSV will das Kollektivvertragsgesetz von 2004 überarbeiten und an die veränderte Arbeitswelt anpassen.



Liste 5 – KPL

Die Tarifpolitik wird nicht spezifisch behandelt, allerdings sprechen sich die Kommunisten für die Anpassung der Löhne an die Produktivitätsentwicklung aus. Daneben fordern sie die Aufhebung „aller Einschränkungen“ des Streikrechts und dessen Verankerung in die Verfassung.

Liste 6 – DP

Die DP behandelt nicht spezifisch die Tarifpolitik, jedoch verlangt sie „mehr Flexibilität für innerbetriebliche Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Darüber hinaus will die DP das gesamte Arbeitsrecht auf seine „Zielorientierung“ überprüfen und gegebenenfalls überarbeiten, wobei unklar bleibt, welche Teile des Arbeitsrechts konkret anvisiert werden.

Anm. des OGBL: D.h. die DP will die tarifvertraglichen Verhandlungsrechte der Gewerkschaften zugunsten Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene schwächen. Es bleibt unklar, welche Teile des Arbeitsrechts die DP anvisiert und was die Zielrichtung ist, für oder gegen die Interessen des Salariats.

Liste 7 – ADR

Auch wenn die staatliche Rahmensetzung gewahrt werden soll, hat für die ADR eine kollektivvertragliche Regelung der Arbeitsbedingungen Vorrang vor der gesetzlichen. Die diesbezüglichen Rechte der Gewerkschaften sollen gestärkt werden und das Gesetz verbessert werden, damit Arbeitnehmer und Arbeitgeber „auf Augenhöhe“ verhandeln können.

Liste 8 – déi Lénk

Die Linke tritt allgemein für eine „Stärkung der Verhandlungsmacht“ der Gewerkschaften, wobei insbesondere das Streikrecht gestärkt werden soll. Minimale Normen bezüglich Qualifikation, Erfahrung und Weiterbildung in Verbindung mit der Lohnhöhe, die aktuell über Kollektivverträge geregelt sind, sollen gesetzlich für alle Sektoren festgelegt werden. Des Weiteren wird vorgesehen, Arbeitszeitverkürzungen während einer Übergangsperiode sowie die Modalitäten der Telearbeit kollektivvertraglich zu regeln.



Mitbestimmung im Betrieb und Sozialdialog

Der OGBL tritt allgemein für eine Verbesserung der Rechte der Personaldelegationen und für eine Stärkung der Arbeitnehmervertretung in den Verwaltungsräten ein. Die Gesetzgebung muss angesichts der neuen Herausforderungen im Zuge der Digitalisierung stetig in einem fortschrittlichen Sinn modernisiert und verstärkt werden.



Liste 1 – Piraten

Das Thema wird im Wahlprogramm der Piraten nicht behandelt, mit Ausnahme vielleicht der Forderung der Abschaffung der „Zwangsmitgliedschaft“ in den Berufskammern.

Anm. des OGBL: Für die Salaratskammer wäre dies eine tiefgreifende materielle Schwächung und definitiv gegen die Interessen der Arbeitnehmerschaft.



Liste 2 – déi Gréng

Die Grünen treten für eine Evaluierung des Gesetzes über den Sozialdialog und eine Beteiligung der Sozialpartner an der Ausarbeitung von Reformvorschlägen ein. Die Rolle des „Gesundheitsbeauftragten“ (d.h. der Sicherheitsdelegierte) in den Personaldelegationen soll gestärkt werden und die Ausbildung der Sicherheits- und Gleichheitsdelegierten verbessert werden.



Liste 3 – LSAP

Die LSAP spricht sich dafür aus die betriebliche Mitbestimmung auch in einer digitalen Welt zu „ermöglichen“ und allgemein zu verbessern.

Liste 4 – CSV

Die CSV will den Sozialdialog dynamisieren. Die Tripartite als Kriseninstrument und der Wirtschafts- und Sozialrat als Ort des permanenten Dialogs sollen erhalten und ihre Aufgaben an die Realität angepasst werden. Darüber hinaus soll die Regierung einen regelmäßigen und offenen bilateralen Dialog mit den Sozialpartnern führen. Das Delegationsgesetz soll überarbeitet werden; insbesondere sollen die Wahlergebnisse bei der Freistellung von Delegierten berücksichtigt werden.



Liste 5 – KPL

Im Kontext der Forderung einer Verstaatlichung von Großbetrieben, Banken und strategisch wichtigen Wirtschaftszweigen, fordert die KPL die demokratische Kontrolle dieser Betriebe durch eine „direkte Beteiligung der Belegschaften über ihre gewählten Betriebsräte und Gewerkschaftsorganisationen“ an der Verwaltung der Betriebe. Dies soll gewährleisten, dass strategisch wichtige Entscheidungen nicht gegen die „Interessen der Schaffenden“ getroffen werden.



Liste 6 – DP

Für die DP ist der Sozialdialog in den Betrieben ein Teil des „Erfolgsmodell Luxemburg“. Sie will die Verhandlungsrechte auf betrieblicher Ebene stärken, allerdings in Verbindung damit „allzu starre Arbeitszeitregelungen prüfen“. Daneben soll der Sozialdialog auch im öffentlichen Dienst gepflegt werden.



Vgl. unsere Anmerkungen unter Tarifpolitik und Arbeitszeit.

Liste 7 – ADR

Nicht behandelt.



Liste 8 – déi Lénk

Die Linke will eine Stärkung der legalen Rechte der Personaldelegationen, wobei aber die Möglichkeit „Abweichungen vom Gesetz auf Betriebsebene auszuhandeln“ abgeschafft werden soll. Die Personaldelegierten sollen mehr Möglichkeiten kriegen, um gegen Überwachung am Arbeitsplatz und um gegen missbräuchliche Entlassungen vorzugehen. Eine adäquate Fortbildung der Sicherheitsdelegierten soll organisiert werden. Daneben soll auch die Mitbestimmung des Personals der öffentlichen Verwaltungen verbessert werden.



Arbeitszeit

Die Vorschläge des OGBL bezüglich der Arbeitszeit und zugunsten einer besseren Vereinbarkeit zwischen Beruf und Privatleben, umfassen insgesamt Schritte in Richtung einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausfall, die 6. Urlaubswoche, eine legale Basis für den Sozialurlaub, das Recht auf freiwillige Teilzeitarbeit, Zeitsparkonten, ein Recht auf Abschalten und eine bessere Regulierung der Telearbeit.



Liste 1 – Piraten

Die Piraten wollen eine Diskussion für eine schrittweise Senkung der Arbeitszeit ohne Lohnausfall anstoßen, weil die „work-life-balance“ in Luxemburg nicht mehr ausgeglichen sei. Es sollen diesbezüglich auch Anreize für die Betriebe geschaffen werden, „innovative Konzepte“ auszuprobieren. Zur Bekämpfung des „Verkehrskollaps“ sollen, insbesondere im öffentlichen Dienst, alternative Modelle von flexibler Arbeitsgestaltung und Telearbeit gefördert werden.



Liste 2 – déi Gréng

Die Grünen wollen ebenfalls eine Diskussion über eine allgemeine Senkung der Arbeitszeit anstoßen. Die Betriebe sollen Anreize für „innovative Arbeitszeitmodelle“ bekommen, wobei durch flexiblere Arbeitszeitgestaltung, u.a. durch ein Recht auf Telearbeit, die eine gesetzliche Grundlage bekommen soll, „Freiräume für Familie und Fürsorge“ geschaffen werden. Mit der gleichen Zielsetzung schlagen die Grünen auch weitere Verbesserungen beim Elternurlaub, beim Partnerschaftsurlaub und beim Familienurlaub vor. Ein Pflegeurlaub soll eingeführt werden und verschiedene Teilzeitmodelle im Arbeitsrecht verankert werden, wobei eine Unterstützung für die Arbeitgeber bei ihrer Umsetzung vorgesehen ist. Schließlich soll der vorliegende Gesetzesentwurf zu den Zeitsparkonten gestimmt und ein Recht auf Abschalten eingeführt werden.



Liste 3 – LSAP

Die LSAP vertritt eine gesetzliche Kürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ohne Lohnverlust auf 38 Stunden. Zusätzlich soll der Jahresurlaub im Privatsektor während fünf Jahren um einen Tag erhöht werden, also schrittweise die 6. Urlaubswoche eingeführt werden. Das Recht auf Teilzeitarbeit soll verallgemeinert und an ein Recht auf Rückkehr in Vollzeitarbeit gekoppelt werden. Telearbeit soll gefördert und ein „droit à la déconnexion“ (Recht auf Abschalten) eingeführt werden. Allgemein sollen Arbeitszeitmodelle im Interesse der Arbeitnehmer und in Absprache mit Personalvertretungen und Gewerkschaften flexibler gestaltet werden. Daneben spricht sich die LSAP für Arbeitszeitkonten und „zeitgemäße Sonderurlaubsregeln“ aus.

Liste 4 – CSV



Die CSV fordert ein klares Regelwerk für die Arbeitszeitregelung, das sicherstellt, dass es keine unfreiwillige Arbeitszeitflexibilität gibt und Arbeitnehmer nicht gegen ihren Willen gezwungen werden an anderen Orten zu arbeiten. Gleitzeitregelungen sollen im gegenseitigen Einverständnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber festgelegt werden, Arbeitszeiten ordentlich erfasst und Überstunden klar definiert werden. Insgesamt sollen Arbeitszeit und Arbeitsorganisation familiengerechter und -freundlicher gestaltet werden. Das Arbeitszeitvolumen soll unverändert bleiben; die CSV wendet sich also prinzipiell gegen eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung. Zugleich soll jedoch Teilzeit gefördert werden, indem sie attraktiver gestaltet wird. Sie will den Elternurlaub weiter flexibilisieren und den Vollzeit-Elternurlaub auf 8 Monate ausdehnen.

Anm. des OGBL: Bezüglich der Gleitzeit- und die Überstundenregelungen übersieht die CSV die Tatsache, dass aufgrund des Drucks des OGBL die Überstunden im neuen PAN-Gesetz klarer definiert werden als vorher und Gleitzeitregelungen außerhalb von Kollektivverträgen nur im gegenseitigen Einverständnis von Arbeitgeber und Personaldelegation eingeführt werden können.

Liste 5 – KPL



Die KPL verlangt die schrittweise Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und darüber hinaus, im Kontext der Digitalisierung, die kontinuierliche Verringerung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich, um die „verbleibende gesellschaftlich notwendige Arbeit“ gleichmäßig zu verteilen. Der 8-Stunden-Tag und die 40-Stunden-Woche sollen strikt respektiert werden und Überstunden die Ausnahme sein. Jegliche Überschreitung dieser zwei Maßstäbe soll durch Zuschüsse vergütet werden und die betroffenen Arbeitgeber zu Neueinstellungen gezwungen werden. In diesem Sinne fordert die KPL die Rücknahme der Überstundenregelung und der 4-monatigen Referenzperiode, die im neuen PAN-Gesetz vorgesehen sind.

Anm. des OGBL: Auch die KPL übersieht, dass die Überstundenregelung im neuen PAN-Gesetz gegenüber der vorherigen Fassung deutlich klarer gefasst ist. Eine bloße Rücknahme des neuen Gesetzes würde also eine Rückkehr zu einem aus Arbeitnehmersicht schlechteren Text bedeuten.



Liste 6 - DP

Für die DP war die Reform des PAN-Gesetzes nicht im Sinne der Arbeitnehmer. Wie bei den Tarifverträgen fordert sie auch hier eine Schwächung der gewerkschaftlichen Verhandlungsrechte zugunsten von mehr „Flexibilität“ durch innerbetriebliche Vereinbarungen. Die aktuellen „starren“ Regeln sollen aufgelöst und durch eine jährliche Referenzperiode ersetzt werden, wobei die Höchstarbeitszeiten und die Zuschläge für Sonn- und Feiertagsarbeit nicht angetastet werden sollen. Arbeitszeitkonten sollen „generell“ eingeführt werden, wobei die genauen Modalitäten mit den Sozialpartnern verhandelt werden sollen. Telearbeit soll stärker gefördert und zugleich klarer geregelt werden, um mehr Rechtssicherheit zu schaffen. Insbesondere soll sie auf Ebene der Großregion durch Schaffung von speziellen Wirtschaftszonen bei gleichzeitigem Abbau von steuerlichen Nachteilen ausgebaut werden. Ein Elternurlaub PLUS soll eingeführt werden, der eine Verlängerung des Elternurlaubs auf 18 Monate Vollzeit bzw. 38 Monate Teilzeit vorsieht, wobei die zusätzlichen Monate nicht entgeltet werden würden. Die Sozialbeiträge sollen jedoch von der öffentlichen Hand übernommen werden.

Anm. des OGBL: Die Forderungen der DP nach mehr Flexibilität und einer jährlichen Referenzperiode sind als klarer Angriff gegen die Arbeitszeitinteressen des Salariums und gegen das Kollektivvertragswesen zu werten. Falls das neue PAN-Gesetz wirklich so arbeitnehmerfeindlich war, wieso regte sich dann gerade die Arbeitgeberseite auf? Bezüglich des Elternurlaubs ist anzumerken, dass diese Formel nur für diejenigen möglich ist, die es sich leisten können. Auch der OGBL ist für eine Verlängerung, aber es sollte darauf geachtet werden, dass dies auch für sozial schwache Familien möglich ist, also unter Beibehaltung einer finanziellen Entschädigung.

Liste 7 - ADR

Die ADR spricht sich für die 40-Stunden-Woche, also gegen eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung aus. Allerdings soll mit den Sozialpartnern über eine Erhöhung des Jahresurlaubs verhandelt werden. Sonntagsarbeit soll, auch im Handel, die strikte Ausnahme bleiben, jedoch an allen anderen Wochentagen soll die Regelung der Ladenöffnungszeiten dem Arbeitgeber eine größtmögliche Flexibilität erlauben. Des Weiteren befürwortet die ADR Arbeitszeitkonten und einen progressiven Eintritt in den Ruhestand. Auch spricht sich die ADR für ein Recht auf Abschalten aus.



Liste 8 - déi Lénk

Die Linke legt einen Plan für eine schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit vor, wobei als erster Schritt 2019 die 6. Urlaubswoche eingeführt werden soll. Ab 2019 sollen auch Wochenarbeitszeiten von 37, 38 und 39 Stunden eingeführt werden, wobei die Länge von der jeweiligen Referenzperiode und geforderten Flexibilität abhängen soll. Bis 2030 soll die Wochenarbeitszeit auf 32 Stunden reduziert werden, wobei während der Übergangszeit u.a. kollektivvertragliche Bestimmungen, Arbeitszeitkonten und Einschränkungen der erlaubten Überstunden vorgesehen sein sollen. Zusätzlich spricht sich die Linke für das Recht auf freiwillige Teilzeitarbeit mit Recht auf Rückkehr zur Vollzeit, ein Recht auf Abschalten, sowie eine bessere Reglementierung der Telearbeit, wobei Erleichterungen nur über Kollektivvertrag möglich sein sollen. Der Elternurlaub soll für jeden Elternteil um 6 Monate (Vollzeit), bzw. 12 Monate Teilzeit verlängert werden können.



Sicherung der beruflichen Laufbahnen

Vor dem Hintergrund möglicher negativer Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitsplätze, fordert der OGBL eine Stärkung des Arbeitsrechts und des Kündigungsschutzes. Der unbefristete Vertrag muss die Norm bleiben. Die Gesetzgebung zu Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen, Sozialplänen und Plänen zum Beschäftigungserhalt muss im Sinne der Arbeitnehmer verstärkt werden. Des Weiteren müssen auch die Rechte der Arbeitnehmer im Konkursfall verbessert werden.



Liste 1 – Piraten

Für die Piraten ist angesichts der Digitalisierung der Wirtschaft das Ziel der Vollbeschäftigung auf Grundlage der 40-Stunden-Woche in Zukunft „unmöglich“. Eine zentrale Forderung der Piraten ist dementsprechend die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens, das als „konsequenter Neustart“ unseres Sozialsystems bezeichnet wird. Zugleich sprechen sich die Piraten für eine Stärkung des Kündigungsschutzes nach deutschem Vorbild aus und dafür, dass die Entschädigungen für die entlassenen Arbeitnehmer erhöht werden. Interimsarbeit soll eingeschränkt werden.

Anm. des OGBL: Es wäre naiv zu glauben, dass die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens nicht automatisch eine Infragestellung jeglicher bestehenden sozialen Leistungen mit sich bringt. Der OGBL teilt nicht die Analyse, dass Vollbeschäftigung in Zukunft unmöglich wird und hält an der Forderung von Arbeit und einem guten Lohn für Alle fest. Ein wesentliches Mittel hierzu sind Arbeitszeitverkürzungen.



Liste 2 – déi Gréng

Die Grünen wollen das Arbeitsrecht an neue Formen der Beschäftigungsverhältnisse in der „Plattformökonomie“ anpassen, um die Arbeitnehmer besser zu schützen. Scheinselbstständigkeit soll unterbunden werden. Sie sprechen sich für die Ausarbeitung einer Strategie mit den Sozialpartnern zugunsten einer Förderung älterer Arbeitnehmer aus und wollen die bestehenden Möglichkeiten der Arbeitsteilzeit verbessern. Sogenannte „groupements d’employeurs“ sollen eingeführt werden, die es erlauben, festeingestellte Arbeitnehmer flexibel in mehreren Betrieben einzusetzen, um schwankende Arbeitsbedürfnisse auszugleichen.

Anm. des OGBL: Wie steht es bei letztem Punkt um die Rechte der Arbeitnehmer? Gelten nur die Bedürfnisse der Betriebe?

Liste 3 – LSAP

Die LSAP tritt für eine Anpassung der arbeitsrechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen an die Digitalisierung ein. U.a. sollen Scheinselbstständigkeit und Prekarisierung von Arbeitsplätzen verhindert werden. Arbeitnehmer, die von einem Stellenabbau betroffen sind und sich umorientieren, sollen ein Übergangsgehalt bekommen. Unbefristete Arbeitsverträge sollen die Regel bleiben und das Arbeitsrecht auch im Bereich der Sozialpläne und der Maßnahmen zum Beschäftigungserhalt reformiert und gestärkt werden. Ansonsten ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eines der „Hauptziele“ der LSAP, die auch den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung verlängern will.

Liste 4 – CSV

Für die CSV bedeutet ein „Arbeitsschutz 4.0“, dass soziale Standards in der Arbeitswelt erhalten werden müssen und die maßgeblichen Bestimmungen des Arbeitsvertrags nicht ausgehöhlt werden. Selbstaussbeutung soll verhindert und bezüglich der damit verbundenen gesundheitlichen Risiken, Grenzen gezogen, Rechtsansprüche definiert und Kontrollen vorgesehen werden. Die bestehenden Wiedereingliederungsmaßnahmen sollen evaluiert und ggfs. verbessert werden. Das Gleiche gilt für die Gesetze zum „maintien dans l’emploi“. Der Schutz vom Arbeitnehmer im Fall von Konkursen soll verbessert und die betreffenden Bestimmungen in den Sozialplänen ausgebaut werden.

Liste 5 – KPL

Die KPL spricht sich für die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen für gering Qualifizierte aus. Bei der Gründung neuer Betriebe muss mindestens 20% des Personals über die ADEM eingestellt werden. Leiharbeit soll verboten werden und Zeitverträge auf ein striktes Minimum reduziert werden. Nach spätestens 6 Monaten sollen Zeitverträge in unbefristete Verträge umgewandelt werden. Im Sinne einer Absicherung der Arbeitnehmer bei Konkursen soll eine nationale Auffanggesellschaft geschaffen werden.



Liste 6 - DP

Das Thema wird als solches nicht behandelt; allerdings will die DP das gesamte Arbeitsrecht auf seine „Zielorientiertheit“ überprüfen und wenn nötig abändern.

Vgl. unsere Anmerkung unter dem Punkt Tarifpolitik.



Liste 7 - ADR

Für die ADR muss der unbefristete Arbeitsvertrag die Regel bleiben und Zeitverträge wie aktuell auf bestimmte Fälle begrenzt bleiben. Die ADR spricht sich gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen aus. Die ADEM soll gestärkt und insbesondere die eingeführte Jugendgarantie noch verbessert werden. Bestehende Beschäftigungsmaßnahmen sollen kritisch überprüft werden, ob sie wirklich zu einer dauerhaften Rückkehr in den Arbeitsmarkt geführt haben.

Liste 8 - déi Lénk



Die Linke fordert ein verbürgtes Recht auf einen Arbeitsplatz, der durch das Prinzip „État employeur en dernier ressort“ garantiert werden soll. Arbeitsuchende, denen nach Ablauf der Unterstützung trotzdem keine „sinnvolle Beschäftigung“ angeboten wurde, sollen ein Wartegeld erhalten. Allgemein soll die Arbeitslosenunterstützung ausgedehnt werden, was über eine Erhöhung des Beitrags der Betriebe finanziert werden soll. Die Personaldelegationen sollen juristisch gegen missbräuchliche Entlassungen vorgehen können, und stärkere Kontrollrechte bei kollektiven Entlassungen, Sozialplänen und Plänen zum Beschäftigungserhalt erhalten. Die Rechte der Arbeitnehmer bei Konkursen sollen ebenfalls gestärkt werden.



Berufliche Weiterbildung

Ein wesentlicher Bestandteil der Sicherung der beruflichen Laufbahn ist auch die berufliche Weiterbildung, die zu einem wirklichen Grundrecht für alle Arbeitnehmer werden muss. In diesem Sinn fordert der OGBL die Reform und Erweiterung des aktuellen Bildungsurlaubs und die Schaffung eines persönlichen Bildungskontos über die gesamte Berufskarriere. Die staatliche Kofinanzierung muss erhöht werden und eine Ausbildungsabgabe eingeführt werden, um zu gewährleisten, dass die Arbeitgeber ihren Beitrag leisten. Die Ziele und Leitlinien der beruflichen Weiterbildung sollen von einem Tripartite-Gremium festgelegt werden.



Liste 1 – Piraten

Nicht behandelt.



Liste 2 – déi Gréng

Die Grünen wollen die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Ausbildungsträgern fördern, und spezifische Konventionen für Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitssuchende vorsehen. Die Arbeitgeber sollen bei der Aus- und Weiterbildung ihres Personals, auch sprachlicher Natur, stärker unterstützt werden.



Liste 3 – LSAP

Die LSAP will die Weiterbildung und Umschulung im Kontext der Digitalisierung fördern. Als Beispiele für diesbezügliche Initiativen, die weiter ausgebaut werden sollen, werden „Fit4digital“ und „digital skills bridge“ genannt. Zu diesem Zweck soll die ADEM zu einer Agentur für Beschäftigung und Fortbildung werden und die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung in den Aufgabenbereich des Arbeitsministers integriert werden. Frauen sollen in gleichem Maße von Weiterbildungsangeboten profitieren können wie Männer. Auch schlägt die LSAP die Einrichtung einer Akkreditierungsagentur für Fortbildungslehrgänge und Ausbilder vor. Mindestlohnempfänger sollen einen Bonus für abgeschlossene Fortbildungsmaßnahmen erhalten und insbesondere die Fortbildung von Personen mit geringer Qualifikation und niedrigem Einkommen durch die Einführung von Arbeitszeitkonten und Fortbildungsschecks gefördert werden.

Liste 4 – CSV

Die CSV will, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Parteien, ein nationales Konzept für lebenslanges Lernen umsetzen. Die bestehenden Angebote sollen mit einem staatlichen Qualitätslabel belegt und finanziell gefördert werden, wobei diese Förderung aber gezielter eingesetzt werden und die Finanzierung „wieder“ sichergestellt werden soll. Die Beschäftigten sollen mehr Anreize zur Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen erhalten. Um Geringqualifizierte im Kontext der Digitalisierung abzusichern, soll präventiv eine umfassende berufliche Weiterbildung angeboten werden, wobei insbesondere auf das Lernen mit digitalen Medien zurückgegriffen werden soll.



Liste 5 – KPL

Nicht behandelt.



Liste 6 – DP

Die DP will akkreditierte Weiterbildungsagenturen schaffen, um ein qualitativ hochwertiges Angebot zu gewährleisten. Allgemein will die DP in Zusammenarbeit mit den Berufskammern die berufliche Weiterbildung ausbauen, wobei staatliche und private Anbieter komplementäre Bildungsangebote unterbreiten können, die ggfs. ein Anrecht auf ein staatliches Diplom ermöglichen. Im Kontext der Digitalisierung spricht die DP von einer „Offensive der Weiterbildung“ und will ein „digital learning hub“ sowie „digital learning centers“ einrichten. Ein Bildungsscheck soll eingeführt werden, der es allen Arbeitnehmern erlauben soll, einen kostenfreien Einführungskurs in die digitale Arbeitswelt zu besuchen. Darüber soll das Angebot an Erwachsenenbildung, das in staatlicher Hand bleiben soll, ausgebaut und vom Bildungsministerium koordiniert werden.





Liste 7 – ADR

Die ADR unterstützt die Logik des „life long learning“. Bestehende Weiterbildungsangebote sollen beibehalten und bei Bedarf ausgebaut werden. Der Bildungsurlaub soll nicht verlängert, jedoch sollen Betriebe und Beschäftigte besser über die bestehenden Möglichkeiten informiert werden. Besonderen Wert legt die ADR auf Erlernen der luxemburgischen Sprache. Der diesbezügliche Sprachenurlaub soll auf 300 Stunden erhöht werden. Allerdings will die ADR die Erteilung einer Arbeitserlaubnis auf luxemburgischen Territorium an ein Erlernen der Nationalsprache koppeln.

Anm. des OGBL: Der letzte Punkt hätte offensichtlich dramatische Konsequenzen für den luxemburgischen Arbeitsmarkt. In dieser Forderung kommt der nationalistische und fremdenfeindliche Charakter der ADR besonders deutlich zum Vorschein.

Liste 8 – déi Lénk

Die Linke fordert ein einklagbares Recht auf eine qualitativ hochwertige Weiterbildung. Insgesamt soll mehr in Weiterbildung investiert werden, insbesondere in die Erwachsenen-Online-Weiterbildung.



Renten

Eine weitere rote Linie ist für den OGBL jeglicher Angriff auf die Leistungen und die solidarische Finanzierung der Rentenversicherung. Der OGBL spricht sich für den Erhalt des derzeitigen gesetzlichen Eintrittsalters und Vorruhestands, sowie für die vollständige Beibehaltung der periodischen Anpassung der Renten an die Lohnentwicklung aus. Die zusätzlichen Verschlechterungen, die in der Reform 2013 vorgesehen werden, sollen gestrichen werden. Falls zusätzliche Finanzierungsbedürfnisse bestehen, spricht sich der OGBL für eine Erhöhung der Beiträge und die Erschließung neuer Geldquellen aus, statt die Leistungen zu verschlechtern.



Liste 1 – Piraten

Die Piraten fordern die Anpassung der Mindestrente, um Altersarmut zu bekämpfen. Eine breite Diskussion zur „anteilsbasierten“ Rente soll angestoßen werden. Des Weiteren soll der Pensionsfonds nicht mehr in Waffen, sondern stärker in Wohnraum für sozial schwache Familien investieren.

Anm. des OGBL: Es bleibt unklar, was mit einer Diskussion über die anteilsbasierte Rente gemeint ist und bezweckt werden soll.



Liste 2 – déi Gréng

Die Grünen wollen das solidarische Rentensystem für zukünftige Generationen durch „eine für jeden obligatorische öffentlich-rechtliche Hauptsäule“ absichern. Die Finanzierung soll nach dem „Vorsorgeprinzip“ sowohl auf der Ausgaben- als auch der Einnahmeseite regelmäßig angepasst werden.

Anm. des OGBL: Hier wäre zu präzisieren, ob déi Gréng unter Anpassungen auf der Ausgabenseite Leistungsver schlechterungen verstehen oder ob sie diese ausschließen. Bei den Einnahmen sollen als zusätzliche Finanzierungsquelle auch Beiträge auf Kapitaleinkommen erhoben werden. Rentenansprüche sollen individualisiert werden und das Prinzip von 40 Beitragsjahren beibehalten werden. Die Rentenreserven sollen effizient, sozial und ökologisch verantwortlich verwaltet werden.



Liste 3 – LSAP

Die LSAP wird an den Grundlagen des derzeitigen Systems festhalten und spricht sich gegen eine Erhöhung des Renteneintrittsalters und Rentenkürzungen aus. Jedoch soll das tatsächliche Renteneintrittsalter näher an die Schwelle der 65 Jahre geführt werden. Bei Minimalrenten soll es für Härtefälle strukturelle Verbesserungen geben. Die LSAP spricht sich für das Beibehalten der Deckelung der Beträge auf 5x den Mindestlohn aus, will jedoch mittel- bis langfristig neue Finanzierungsquellen erschließen (z.B. Finanztransaktionssteuer, Robotersteuer...).

Liste 4 – CSV



Die CSV fordert eine Reform des Rentensystems, um die Renten langfristig abzusichern, wobei betont wird, dass die Rentenansprüche der aktuellen Arbeitnehmer garantiert bleiben und keine Renten gekürzt werden. Die Reform soll nach objektiver Detailanalyse und im Dialog mit den Sozialpartnern im Sinne einer „Festigung der Generationenverantwortung“ umgesetzt werden, um die heutigen „Rentenversprechen“ einzuhalten. Neue Rentenversprechen sollen nur gemacht werden, falls sie mittel- bis langfristig abgesichert sind.

Anm. des OGBL: Damit ist keineswegs ausgeschlossen, dass die CSV eine viel weitgehendere Rentenreform als 2013 anstrebt, die die Leistungen für alle zukünftigen Arbeitnehmer, also die kommenden Generationen, gegenüber dem Jetztzustand strukturell verschlechtern würde.

Liste 5 – KPL



Die KPL verlangt eine Sonderanpassung der Renten, um die Verluste während der Krisenjahre zu kompensieren. Bei Halbtagsarbeit auf Grund der Betreuung von Kindern oder bedürftigen Familienmitgliedern sollen die fehlenden Renteneinzahlungen vom Staat übernommen werden.

Liste 6 – DP



Die DP will weiterhin das Rentensystem alle 3 Jahre überprüfen, wobei sowohl Einnahmen als auch Ausgaben im Auge behalten werden sollen und ggfs. an „wichtigen Stellschrauben“ gedreht werden soll. Das Renteneintrittsalter soll bei 65 Jahren bleiben, jedoch bessere Möglichkeiten für flexibles Arbeiten im Alter geschaffen werden, um das reale Eintrittsalter näher an diese Schwelle heranzuführen. Um „die Abhängigkeit vom generationsübergreifenden Rentensystem zu verringern“, will die DP betriebliche und private Altersvorsorge stärker fördern und steuerlich entlasten. Zudem sollen die rechtlichen Hürden für das Rentensplitting beseitigt werden.

Anm. des OGBL: Die DP schließt also Leistungsver schlechterungen nicht aus. Zusätzlich vertritt die DP eine Politik der Schwächung des öffentlichen Systems zugunsten einer steuerlichen Förderung von privatkommerziellen Versicherungen.



Liste 7 – ADR

Für die ADR bedarf es kleiner Korrekturen, um das Rentensystem langfristig abzusichern. Es will mit den Sozialpartnern über eine Anpassung der Beiträge, wobei der jeweilige Anteil gleichbleiben soll, diskutieren. Das Rentenajustement soll, falls es eine Schwelle von 2x den Mindestlohn überschreitet, degressiv gekürzt werden. Es sollen weitere Studien über die nachhaltige Finanzierung des Systems durchgeführt werden, wobei auch der Impact der Digitalisierung und des Pensionsexports analysiert werden sollen. Schließlich sollen private Zusatzrenten stärker gefördert werden und der steuerliche Freibetrag von 3.200 auf 4.800€ erhöht werden.

Anm. des OGBL: Der Vorschlag zum Ajustement ist als Leistungsverschlechterung zu werten. Die Förderung privatkommerzieller Zusatzrenten bedeutet eine Schwächung des öffentlichen Rentensystems.

Liste 8 – déi Lénk

déi Lénk

Die Linke spricht sich gegen Tendenzen der Privatisierung und Entsolidarisierung aus. Sie spricht sich für eine Ausweitung der Universalität der Versicherung aus, indem auch Perioden ohne bezahlte Beschäftigung berücksichtigt werden (Studienzeit, freiwillige Arbeitsunterbrechung, Erhöhung der baby-years für jeden Elternteil auf 2 Jahre). Die Rentenreform von 2013 soll rückgängig gemacht werden, und das Rentenajustement und die Jahresendprämie wieder automatisch werden. Schließlich soll das Renteneintrittsalter für diejenigen Arbeitnehmer, die nicht von den von der Linken vorgeschlagenen Arbeitszeitverkürzungen profitieren, abgesenkt werden.



Krankenversicherung und Gesundheitswesen

Zur Gewährleistung einer optimalen Gesundheitsversorgung für die gesamte Bevölkerung tritt der OGBL für die Absicherung und den Ausbau der solidarisch finanzierten Krankenversicherung ein. Er fordert weitere Verbesserungen der Leistungen der CNS, die Verallgemeinerung des Drittzahlersystems (tiers payant généralisé), die Verbesserung der Versorgung in der Notaufnahme und in den „maisons médicales“ und wendet sich gegen jegliche Infragestellung der obligatorischen Konventionierung der medizinischen Leistungen. Wir beschränken uns im Folgenden auf die wesentlichen Aussagen der Parteien zu diesen Forderungen.



Liste 1 – Piraten

Die Piraten fordern eine Ausweitung der Leistungen der Gesundheitskasse. Die Nomenklatur soll angepasst werden und die Tarifierung für den Patienten besser durchschaubar sein. Die CNS soll bereits ab dem 3. Krankheitstag integral die Lohnfortzahlung übernehmen. Die Piraten sprechen sich für den „tiers payant généralisé“ aus. Es sollen zusätzliche „maisons médicales“ sowie Sterbehospize vorgesehen werden. Ein neues Bezahlmodell für die Ärzte soll eingeführt werden, das auf einem Minutentarif basiert. Zusätzlich zur Gesundheitskasse soll auch eine „Präventionskasse“ geschaffen werden.



Liste 2 – déi Gröng

Die Gröng fordern die Rückerstattung von geprüften alternativen und präventiven Gesundheitsangeboten durch die CNS. Allgemein soll die Prävention gefördert und durch einen Gesundheitsfonds finanziert werden. Eine transparente und harmonisierte Nomenklatur für alle Arztleistungen soll eingeführt und regelmäßig angepasst werden. Auch sollen Gemeinschaftspraxen gefördert werden, die 24 Stunden am Tag geöffnet sind. Der „tiers payant généralisé“ soll schrittweise eingeführt und über die Abschaffung des 1.-Klasse-Zuschlags verhandelt werden.

Liste 3 – LSAP

Die LSAP setzen sich „als Verfechter eines starken Sozialstaats“ für einen konsequenten Ausbau der Gesundheitsversorgung aus. Das Konzept Referenzarzt soll ausgebaut und Gemeinschaftspraxen eingerichtet werden. Die „maisons médicales“ sollen in die Spitäler integriert und die Notaufnahmen entlastet werden. Allgemein sollen die Kompetenzen der Krankenhäuser gebündelt werden. Die LSAP sieht eine Reihe neuer Leistungen der CNS vor und spricht sich für den „tiers payant généralisé“ aus.



Liste 4 – CSV

Die CSV will den Leistungskatalog der CNS erweitern und die Präventivmedizin fördern. Der „tiers payant social“ soll weiter ausgedehnt und der „tiers payant généralisé“ bei Langzeiterkrankungen, chronischen Krankheiten und chirurgischen Eingriffen spielen. Die 52-Wochen-Klausel soll durch Ausnahmeregelungen ersetzt werden, die sicherstellen, dass Langzeitkranke keine Angst vor einem Arbeitsplatzverlust haben müssen. Die Notaufnahmen sollen 24 Stunden am Tag geöffnet und durch eine Ausdehnung der „maisons médicales“ entlastet werden.



Liste 5 – KPL

Die KPL fordert die Verallgemeinerung des „tiers payant“, sowie die Abschaffung der Sonderhonorare für „convenances personnelles“ sowie der Klassen und Zuschüsse in den Krankenhäusern. Die Beitragsobergrenze von 5x den Mindestlohn soll abgeschafft werden, ebenso alle Eigenbeteiligungen bei Medikamenten und medizinischen Akten. Die Arzthonorare sollen desindexiert und stark begrenzt werden. Die CNS soll eine Reihe weiterer Leistungen übernehmen. Schließlich sollen alle privaten gesundheitlichen Einrichtungen vom öffentlichen Gesundheitswesen übernommen werden.





Liste 6 – DP

Die DP will geleistete Überstunden von Sozialbeiträgen befreien. Die Verwaltung der Gesundheitskasse soll, im Sinne höherer Effizienz und Kosteneinsparungen, grundlegend reformiert werden. Der „tiers payant“ soll „ergebnisoffen“ geprüft werden und eine Reform mit AMMD, CNS und Patientenvertretung diskutiert werden. Die Not- und Bereitschaftsdienste sollen reformiert gefördert werden.

Anm. des OGBL: Die Forderung einer Befreiung der Überstunden von Sozialbeiträgen würde das Leisten von Überstunden attraktiver machen. Dies steht offensichtlich dem gleichzeitig formulierten Ziel einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie entgegen. Zudem bedeutet sie finanzielle Verluste für die öffentliche Krankenversicherung.



Liste 7 – ADR

Die ADR tritt für eine einzige, obligatorische Krankenkasse für alle Arbeitnehmer und Selbstständigen ein und fordert die Beibehaltung der Arztkonventionierung. Die ADR ist prinzipiell für den „tiers payant généralisé“, jedoch unter der Bedingung, dass dies nicht zu einer 2-Klassen-Medizin führt und zusätzliche Kosten und Belastungen für die Ärzteschaft mit sich führt. Das Netz der „maisons médicales“ soll nachts und an Wochenenden verstärkt werden, um die Notaufnahmen zu entlasten. Der Leistungskatalog der CNS soll erweitert werden. Die CNS soll weiter paritätisch geführt werden, jedoch ggfs. auch eine Vertretung der Ärzteschaft umfassen.

Liste 8 – déi Lénk

déi Lénk

Die Linke hat vor, einen nationalen Gesundheitsplan zu erstellen, der der Prävention eine hohe transversale Priorität zugesteht, und sicherstellen soll, dass alle in Luxemburg lebenden Personen gleichen Zugang zum Gesundheitssystem haben. Der „tiers payant“ soll verallgemeinert, alle Eigenbeteiligungen abgeschafft und die Beitragsgrenze von 5x den Mindestlohn aufgehoben werden. Manuelle Therapien sollen von der CNS übernommen werden. Die Notdienste sollen besser ausgestattet, die ambulanten Dienste ausgebaut und die „maisons médicales“ auf das gesamte Territorium ausgedehnt werden.



Familienleistungen

Für den OGBL ist die Anzahl von Menschen, die in Luxemburg unterhalb der Armutsgrenze leben, viel zu hoch. Aufgrund der Nichtindexierung vieler Sozialtransfers, insbesondere des Kindergelds seit 2006, wurde die Wirksamkeit der Sozialtransfers bei der Armutsbekämpfung schleichend verschlechtert. Der OGBL fordert aus diesem Grund u.a. die automatische Erhöhung der Familienleistungen an die Preis- und an die Lohnentwicklung (Index plus) sowie die Aufwertung der Teuerungszulage.



Liste 1 – Piraten

Die Piraten sprechen sich langfristig für ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Einwohner aus, das auf einer negativen Einkommenssteuer aufgebaut werden soll. Hierdurch soll der Sozialstaat stark vereinfacht werden. Daneben sollen Eltern die Wahl haben, ihre Kinder in Betreuungsstrukturen oder sich den – sozial gestaffelten – Betrag der Dienstleistungsschecks ganz oder teilweise auszahlen zu lassen.

Vgl. unsere Anmerkung unter Sicherung der beruflichen Laufbahnen.



Liste 2 – déi Gréng

Nicht behandelt.



Liste 3 – LSAP

Die LSAP verpflichtet sich, das Kindergeld 2019 strukturell zu erhöhen und anschließend wieder regelmäßig an die Preisentwicklung anzupassen. Daneben will sie spezifische Hilfsmaßnahmen für Familien mit armutsgefährdeten Kindern vorsehen.

Liste 4 – CSV

Die CSV strebt eine Familienpolitik an, die die „Wahlfreiheit“ der Eltern und das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt stellt. Sie kritisiert, dass der „montant unique“ beim Kindergeld besonders kinderreiche Familien schlechter gestellt hat und will als Kompensation eine sozial gestaffelte „allocation complémentaire pour familles nombreuses“ einführen. Daneben will sie ein Alternativmodell zur abgeschafften Erziehungszulage für sozial schwache Familien einführen. Der „chèque-service accueil“ soll evaluiert und ggfs. angepasst werden. Zusätzlich soll eine kostenlose Kinderbetreuung ab 3 Jahren innerhalb der Grundschule eingeführt werden.



Liste 5 – KPL

Die KPL fordert eine Erhöhung und automatische Anpassung der Familienleistungen an Lohnentwicklung und Lebenshaltungskosten, da diese 20% ihres Werts seit 2006 verloren haben. Ebenso verlangt sie die Aufwertung der Teuerungszulage, die zuletzt 2009 angepasst wurde.



Liste 6 – DP

Die DP unterstreicht, dass sie die Zahl der Empfänger der Teuerungszulage vergrößert hat. Sie äußert sich nicht zur Frage der Anpassung der Familienleistungen, will jedoch das bestehende System der Dienstleistungsschecks abschaffen und durch ein neues ersetzen.





Liste 7 - ADR

Die ADR will die Reform des Kindergeldes von 2015 teilweise zurücknehmen und wieder ein nach Anzahl der Kinder gestaffeltes Kindergeld einführen, dies im Sinne einer „natalistischen Politik“. Das Kindergeld soll wieder indiziert werden und steuerfrei sein. Das aktuelle System der Dienstleistungsschecks soll durch ein „Elterngeld“, das den Eltern die Wahl lässt, ob sie die Kinder selber betreuen oder in Strukturen geben. Dieses wird besteuert und kann mit dem Elternurlaub kumuliert werden.

Liste 8 - déi Lénk

Die Linke fordert die Erhöhung des ersten Kindergelds von 265 € auf 330 €. Alle Kindergeldbeträge sollen überprüft und an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst werden. Ab 18 Jahren sollen alle Kinder von in Luxemburg ansässigen Personen die studieren oder in Ausbildung sind, eine „Autonomiezulage“ mit einem Grundbetrag von 4.800 €/Jahr erhalten. Der Arbeitgeberbeitrag für die Zukunftskasse soll wiedereingeführt werden.

déi Lénk



Kampf gegen die Spekulation im Wohnungswesen

Aufgrund des Angebots an verfügbarem Wohnraum und der rapiden Preisentwicklung auf dem Wohnungsmarkt ist der Zugang zu menschenwürdigem und erschwinglichem Wohnraum in Luxemburg immer weniger gewährleistet. Für den OGBL reicht es jedoch nicht aus, das Angebot zu erhöhen, sondern die Spekulation muss aktiv eingedämmt werden. Diesbezüglich fordert der OGBL eine Preisbegrenzung für Grundstücke und die Einführung einer Zurückbehaltungssteuer auf nationaler Ebene. Daneben muss der Bau von Sozialwohnungen verstärkt gefördert, die erforderliche Schwelle für den Mietzuschuss erhöht und Maßnahmen zugunsten einer Verbesserung der Energieeffizienz vorgesehen werden, die degressiv gestaffelt sind.



Liste 1 – Piraten

Liste 1 – Piraten

Die Piraten fordern, dass der Staat stärker selbst als Bauherr aktiv wird und sozial schwachen Familien Wohnungen ab 750 €/Monat zur Verfügung stellt. Der Staat soll zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus mit dem Privatsektor zusammenarbeiten und ein Teil der Reserven des Pensionsfonds soll zu diesem Zweck investiert werden. Eine nationale Mietkommission mit Entscheidungsgewalt soll eingerichtet werden, um gegen Missbräuche vorzugehen. Daneben soll eine „Wohntripartite“ zur Stimulation des Wohnungsbaus stattfinden.



Liste 2 – déi Gréng

Die Grünen wollen das Recht auf Wohnen in der Verfassung verankern. Gemeinden und öffentliche Wohnbaugesellschaften sollen vermehrt Mietwohnungen bauen, wobei die Mietpreise an das Einkommen der Mieter angepasst werden und Niedrigverdiener bevorzugt werden sollen. Es soll geprüft werden, ob staatliche Fonds vermehrt in erschwinglichen Wohnraum investieren sollen. Die Grundsteuer soll reformiert werden, wobei der reelle Wert des Bodens und seine effektive Nutzung berücksichtigt werden sollen. Des Weiteren soll die Einführung lokaler Taxen durch die nationale Gesetzgebung gefördert werden. Das Mietgesetz soll konsequenter umgesetzt und durch eine Förderung der energetischen Sanierung ohne zusätzliche Erhöhung der Mietpreise ergänzt werden.

Liste 3 – LSAP

Die LSAP fordert eine fundamentale Reform der Grundsteuer, um die Spekulation einzudämmen, wobei zugleich über eine Entlastung der Haushalte diskutiert werden soll. Zusätzlich sieht die LSAP eine nationale Spekulationssteuer auf leerstehenden Immobilien und ungenutztem Bauland vor. Eine Wertschöpfungsabgabe soll für Bauland vorgesehen werden, das unbebaut an Wert gewonnen hat. Der Rückgriff auf Grundstückenteignungen soll möglich sein, um öffentlichen Bauvorhaben Vorrang vor der Spekulation zu geben. 1.000 neue soziale Mietwohnungen sollen pro Jahr zur Verfügung gestellt werden und die Kommunen mehr Mittel zum sozialen Wohnungsbau erhalten. Die Wohnungsbauhilfen und steuerlichen Vergünstigungen sollen verbessert werden. Die LSAP spricht sich weiter für eine Mietpreisbremse aus.



Liste 4 – CSV

Die Grundsteuer soll reformiert und den heutigen Immobilienpreisen angepasst werden. Durch einen neuen „Pacte logement“ soll die Schaffung sozialer und bezahlbarer Mietwohnungen stärker gefördert werden. Unbebaute Grundstücke und leerstehende Wohnungen sollen durch eine nationale Steuer wesentlich stärker besteuert werden. Der Höchstbetrag für die Steuervergünstigung für den Erwerb einer Eigenwohnung soll erhöht werden. Daneben soll das Prinzip des Mietkaufs eingeführt werden.



Liste 5 – KPL

Um das Grundrecht auf Wohnen zu verwirklichen, will die KPL 50.000 öffentliche Mietwohnungen bauen lassen. Die Mieten sollen auf 10% des Einkommens der Mieter begrenzt werden. Ein Mietzuschuss nach Einkommen und Größe der Wohnung soll für Mieter in privaten Mietwohnungen gewährt werden. Eine jährlich wachsende Spekulationssteuer auf Wohnungen, die länger als 2 Jahre leer stehen soll eingeführt werden. Kontrollen der Mietverträge sollen vorgesehen werden, um zu verhindern, dass beim Wechsel des Mieters der Mietpreis erhöht wird. Eine Spekulationssteuer auf Bauland soll eingeführt werden. Staatliche Beihilfen für Bau oder Kauf von Eigentumswohnungen sollen erhöht und an das Einkommen gekoppelt werden.



Liste 6 - DP



Die DP wendet sich gegen „neue Enteignungsinstrumente“, wie sie von anderen Parteien gefordert würden. Dazu zählt sie auch Spekulationssteuern auf Grundstücken und unbewohnten Immobilien. Stattdessen soll auf bewährte positive Steueranreize gesetzt werden. Die Grundsteuer soll reformiert werden, wobei ein Freibetrag für Eigenwohnungen vorgesehen sein soll. Die DP spricht sich für eine Erweiterung des Bauperimeters über Baulandverträge aus. Der Pensionsfonds soll verstärkt in erschwinglichen Wohnraum investieren. Wohnungsbeihilfen sollen an die Lage auf dem Immobilienmarkt und die Inflation angepasst werden. Der superreduzierte TVA-Satz auf Altbauansanierungen soll bereits nach 10 statt wie bisher 20 Jahren angewandt werden.

Liste 7 - ADR



Für die ADR ist das Wohnungsproblem vor allem durch das maßlose Wachstum des Landes bedingt. Zunächst soll also auf verantwortliches Wachstum gesetzt werden. Die ADR will alle Kommunen dazu verpflichten, dass 5% des Wohnungsbestandes aus Sozialwohnungen besteht. Die Wohnbeihilfen sollen deutlich erhöht und an den sozialen Mindestlohn gekoppelt werden. Energienormen will die ADR vereinfachen;

die Vorgabe nur noch Passivhäuser zu bauen, wird als staatliche Gängelung abgelehnt. Der TVA-Satz für den Neubau von Mietwohnungen soll allgemein auf 3% herabgesetzt werden. Eine Ausweitung des Bauperimeters ist für die ADR kein Tabu. Das Eigentumsrecht soll geschützt werden, Zwangsmaßnahmen und übertriebene Taxen lehnt die ADR ab.

Liste 8 - déi Lénk



Die Linke will ein umfassendes Programm zum Bau öffentlicher Mietwohnungen starten und ein „service public de l'habitat“ schaffen, das u.a. auch die energetische Sanierung steuern soll. Die Investitionen des Pensionsfonds in Immobilien sollen ausschließlich in erschwinglichen Wohnraum fließen. Die staatlichen Bauträger sollen aufgestockt werden und der öffentliche Wohnungsbestand ausschließlich über Mietverhältnisse verwaltet werden. Eine Mehrwertsteuer auf die Umwandlung von Grundstücken zu Bauland soll eingeführt werden. Die Erhebung einer Gemeindesteuer auf Bauland, das seit 3 Jahren brachliegt, soll obligatorisch werden. Das Überschreiten des maximalen Mietpreises von 5% des Referenzwertes soll grundsätzlich verboten werden. Das Prinzip „Eigentum verpflichtet“ soll in der Verfassung verankert werden.



Steuern

Der OGBL hat die Steuerreform 2017 begrüßt, weil sie die Kaufkraftverluste der Vorjahre zum Teil kompensiert hat. Jedoch bleiben wesentliche Probleme: die Betriebe zahlen immer weniger Steuern, Kapitaleinkommen werden deutlich weniger besteuert als Arbeit (z.B. Stock options) und die Progressivität der Besteuerung von Privatpersonen hat an Wirksamkeit verloren. Im Sinne einer größeren Steuergerechtigkeit fordert der OGBL u.a. die Überprüfung des Höchstsatzes der Einkommenssteuer, die Anpassung des Steuersatzes an die Preisentwicklung, die Gleichbehandlung von Ansässigen und Grenzgängern sowie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.



Liste 1 – Piraten

Langfristig wollen die Piraten das Steuersystem durch eine negative Einkommenssteuer ersetzen. Bis dahin soll das Steuersystem radikal vereinfacht werden, mit dem Ziel, dass die Steuererklärung auf einen Bierdeckel passt. Die derzeitigen Steuerklassen 1, 1a und 2 sollen abgeschafft werden und Familien mit Kindern zusätzliche Steuerkredite erhalten. Überhaupt soll für alle Formen von Zusammenleben das gleiche Steuer- und Erbrecht gelten.



Liste 2 – déi Gréng

Die Grünen wollen die Zusammenlegung von Verheirateten und Partnern abschaffen und durch eine individuelle Grundbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag ersetzen. Die Steuervermeidungspraxis multinationaler Betriebe soll unterbunden und die Steuerbehörden personell aufgestockt werden. Bei der Besteuerung von Alleinerziehenden soll ggfs. nachgebessert werden. Die Körperschaftssteuer soll nicht weiter herabgesetzt und das Regime der „stock options“ progressiv zurückgeführt und schließlich ganz abgeschafft werden. Allgemein visieren die Grünen eine ökologische Steuerreform an, die Ressourcenverbrauch und Arbeit weniger belastet, wobei die Reform sozial ausgleichend wirken und die Gesamtsteuerlast nicht erhöhen soll.



Liste 3 – LSAP

Die LSAP will für eine gerechtere Besteuerung von Arbeit und Kapital sorgen. Die Steuerreform sieht sie als ersten, wichtigen Schritt, dem weitere folgen müssen. Der Steuerkredit für Arbeitnehmer und Rentner soll erhöht werden, mit dem Ziel den Mindestlohn von der Steuer zu befreien. Die Steuerklasse 1a soll im unteren Bereich günstiger gestaltet und näher an die Klasse 2 herangeführt werden, wobei die LSAP langfristig die Einführung der Individualbesteuerung anstrebt. Die Körperschaftssteuer soll nicht weiter herabgesetzt werden, stattdessen soll der Faktor Arbeit entlastet werden, u.a. auch durch eine stärkere Besteuerung der Produktivitätsgewinne im Zuge der Digitalisierung (z.B. Robotersteuer). Die LSAP spricht sich für eine globale Finanztransaktionssteuer aus. Die Sonderregelung für „stock options“ soll nach einer Übergangszeit ganz abgeschafft werden.

Liste 4 – CSV

Die CSV strebt eine zusätzliche Entlastung der niedrigen Löhne an. So soll der Grundfreibetrag in der Steuertabelle auf 12.000 € erhöht werden. Sofern finanzieller Spielraum besteht, soll der Mittelstandsbuckel durch eine Anpassung des Steuerkredits weiter abgeflacht werden. Die Steuerklasse 1a soll überprüft werden, wobei eine Tarifangleichung mit der Klasse 2 angestrebt wird. Das Regime der „stock options“ soll abgeschafft werden, jedoch steuerliche Begünstigungen für langfristige Beteiligungen am eigenen Unternehmen, vor allem im Bereich der „start-ups“, geschaffen werden. Die CSV wendet sich gegen eine Erbschaftssteuer in direkter Linie und gegen die Vermögenssteuer. Bei der Betriebsbesteuerung will die CSV den „taux d'affichage“ von 26% auf 20% senken, wobei aber die Berechnungsgrundlage verbreitert würde. Steuerrulings sollen auf ein Minimum beschränkt werden. Daneben befürwortet die CSV Steuererleichterungen für Risikokapital, um die Schaffung von Start-ups zu fördern.

Anm. des OGBL: Die CSV will also die Betriebe, trotz der bereits vorgenommenen Senkungen der Betriebsbesteuerung der vergangenen Jahre, noch zusätzlich entlasten. Dies bedeutet entweder eine Zunahme der Steuerlast für die Arbeitnehmer oder finanzielle Engpässe auf der Einnahmenseite für die öffentliche Hand.

Liste 5 – KPL

Die KPL will eine jährliche Anpassung der Steuertabelle an die Lebenshaltungskosten durchsetzen. Die Steuerprogression soll durch die Streckung der einzelnen Steuerstufen abgeflacht werden, zugleich mehrere zusätzliche Steuerstufen für hohe und sehr hohe Einkommen vorgesehen werden. Der Spitzensteuersatz soll auf 56% angehoben werden. Die Steuerklasse 1a soll abgeschafft und die Betroffenen in die Klasse 2 kommen. Die Vermögenssteuer soll wiedereingeführt und die Körperschaftssteuer für mittlere und Großbetriebe erhöht werden. Kapitaleinkünfte sollen allgemein stärker besteuert werden, ebenso Investmentfonds. Die KPL befürwortet eine Steuer auf allen Börsentransaktionen. Steuerrulings sollen abgeschafft und Steuerhinterziehung, -betrug und Geldwäsche konsequent bekämpft werden.





Liste 6 - DP

Die DP will die Mittelschichten und Familien zusätzlich entlasten. Die eingeführte optionale individuelle Besteuerung soll schrittweise verallgemeinert werden, um mittelfristig ein „neutrales“ Steuersystem einzuführen. Statt Ehe und Partnerschaft sollen Steuervorteile an das Vorhandensein von Kindern gekoppelt sein. Die DP spricht sich gegen eine Erbschaftssteuer in direkter Linie aus. Auf EU-Ebene soll ein „fairer Steuerwettbewerb“ zugelassen werden, und keine Digital- oder Finanztransaktionssteuern eingeführt werden. Der Wirtschaftsstandort Luxemburg soll steuerlich attraktiv bleiben und kleine und mittlere Unternehmen zusätzlich entlastet werden. Investitionen in start-ups sollen steuerlich begünstigt werden.

Anm. des OGBL: Die DP will also noch zusätzliche Entlastungen für kleine und mittlere Unternehmen. Hier gilt der gleiche Kommentar wie bei der CSV.



Liste 7 - ADR

Die ADR wendet sich gegen jegliche weitere Erhöhung von Steuern und Taxen, insbesondere Konsumsteuern, die eine Änderung der Konsumgewohnheiten bezwecken sollen. Die Steuertabelle soll regelmäßig an die Inflation angepasst werden, wobei die niedrigste Stufe zusätzlich an die Entwicklung des Mindestlohns angepasst werden. Die Steuerklasse 1a soll abgeschafft werden. Die ADR will zusätzlich die Steuerkredite erhöhen, um Niedriglohnempfänger zu entlasten. Das Regime der „stock options“ soll auf mögliche Missbräuche überprüft werden. Die ADR wendet sich gegen eine Erbschaftssteuer in direkter Linie und gegen eine Erhöhung der Erbschaftssteuer. Bei der Betriebsbesteuerung soll nach dem Prinzip „Priorität für luxemburgische Betriebe“ bei allen internationalen Verhandlungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der luxemburgischen Betriebe gepocht werden. Insgesamt soll jedoch darauf geachtet werden, nicht noch mehr „ausländische“ Betriebe anzuziehen, die das Wachstum weiter anheizen. Allgemein soll das Steueraufkommen seitens der Betriebe stabil bleiben.

Liste 8 - déi Lénk

déi Lénk

Die Linke fordert eine stärkere Besteuerung der Betriebe durch eine Erhöhung der Steuersätze und der Bemessungsgrundlage. Die Besteuerung von Kapital- und Immobilieneinkommen soll schrittweise der Besteuerung von Arbeitseinkommen gleichgestellt werden. Bestehende Sonderregime, z.B. die „stock options“, würden abgeschafft. Die Progressivität der Steuertabelle soll bei niedrigen Einkommen entschärft und bei hohen Einkommen verstärkt werden, wobei der Spitzensteuersatz auf 48% erhöht werden soll. Die Steuertabelle soll automatisch an die Inflation angepasst und die einzelnen Steuertabellen zu einer einzigen zusammengelegt werden, wobei die Zusammensetzung der Haushalte über Verbrauchereinheiten gewichtet werden soll. Die Vermögenssteuer soll wiedereingeführt und eine Debatte über eine Erbschaftssteuer in direkter Linie geführt werden. Im Sinne einer ökologischen Besteuerung will die Linke für alle Betriebe eine direkte Ökosteuer nach dem Bonus-Malus-Prinzip einführen und hohe Schadstoffemissionen stärker besteuern. International wendet sich die Linke gegen Steuerdumping, -konkurrenz und -flucht und fordert eine europäische Finanztransaktionssteuer.





OGBL



Mir maachen Zukunft.
Constructeur d'avenir.



www.facebook.com/ogbl.lu



twitter.com/OGBL_Luxembourg

www.ogbl.lu

Kollektivverträge



Luxfuel S.A.

36 Arbeitnehmer

Syndikat Dienstleistungen und Energie
(OGBL-Delegierte: 1/1)

Dauer des Kollektivvertrags: vom 1. Januar 2018 (rückwirkend) bis zum 31. Dezember 2020.

Lineare Erhöhungen: +1,50% Linearerhöhung für sämtliche Arbeitnehmer ab 2018 / +1,80% Linearerhöhung für sämtliche Arbeitnehmer ab 2019 / +1,80% Linearerhöhung für sämtliche Arbeitnehmer ab 2020.

Aufwertungen: Erhöhung des Stundenlohns der Arbeitnehmer aus der Gruppe 3 („Dispatchers“: Mechaniker und Qualitätskontrolleure) von 110 auf 115% des Basis-Stundensatzes.

Leistungsprämie: Erhöhung des Maximalbetrags der Leistungsprämie von 320 auf 640 Euro pro Jahr / die Vergabekriterien und -modalitäten der Prämie sind präzisiert worden.



Garagensektor

± 6 500 Arbeitnehmer

Syndikat Handel

Kollektivvertragsdauer: vom 1. Januar 2018 (rückwirkend) bis zum 31. Dezember 2020.

Löhne und Gehälter: Aufwertung der DAP- und DT-Karrieren im und im, rückwirkend ab dem 1. Januar 2018 plus Verlängerung der Technikerlaufbahn auf 10 Jahre.

Urlaub: Verschieben des zusätzlichen Urlaubstages ab 20 Dienstjahren auf 15 Dienstjahre / Einführung eines zusätzlichen Urlaubstages ab 25 Dienstjahren.

Gratifikationen: mindestens 400 Euro zusätzlich pro Jahr für sämtliche Arbeitnehmer / für die Arbeitnehmer mit handwerklichen Tätigkeiten, die wegen der Zahl ihrer Dienstjahre die maximalen Tariflöhne überschreiten, beläuft sich die Gratifikation auf 450 Euro pro Jahr / für die Arbeitnehmer im administrativen Bereich, beträgt die Gratifikation 600 Euro pro Jahr.

Universität Luxemburg

1760 Arbeitnehmer



Syndikat Erziehung und Wissenschaft (SEW)
(OGBL-Delegierte 17/17)

Erster Kollektivvertrag für das Personal der Universität. Er folgt auf die 2015 unterzeichnete Betriebsvereinbarung und ersetzt diese.

Dauer des Kollektivvertrags: vom 1. Juli 2018 bis zum 30. Juni 2021.

Löhne: Der Kollektivvertrag legt zum ersten Mal eine transparente Lohntabelle für die gesamte Belegschaft fest, die ab dem 1. Januar 2020 in Kraft treten wird. Die Zahl der Kategorien ist von 13 auf 9 verringert worden. Die Einklassierung in die neue Tabelle wird in den kommenden Monaten durchgeführt, und von der paritätischen Kommission begleitet werden, die alle Zwischenbeschlüsse bestätigen muss. Die Entwicklung in der Lohntabelle wird nach Dienstalter und nicht nach Alter (derzeitiges System), oder nach Leistungsbewertung (Ausgangsposition des Arbeitgebers) berechnet.

Urlaub: 32 Urlaubstage + 1 gebräuchlicher Urlaubstag, der in Kollektivurlaub umwandelt wird, falls er auf einen Samstag oder einen Sonntag fällt / 2 zusätzliche Urlaubstage ab dem 50. Lebensjahr / 4 zusätzliche Urlaubstage ab dem 55. Lebensjahr / 3 Tage bei Partnerschaft (gleiche Behandlung wie bei der Ehe) / Urlaub aus persönlichen Gründen wird von 8 auf 40 Stunden pro Jahr erhöht.

Prämien und Zuschläge: 13. Monat / Treueprämie nach 5 Jahren Betriebszugehörigkeit mit Erhöhung ab 15 Jahren Betriebszugehörigkeit / Endjahresprämie für das administrative, das Finanz- und das technische Personal / Bereitschaftsprämie / Zuschlag für Nacharbeit wird auf 30% erhöht.

Weitere außergesetzliche Vorteile (u.a.): Essenschecks (zum alten Tarif von 8,40€) / Kostenübernahme für den M-Pass zu 50% / Recht auf Abschalten / Teilzeitarbeit für die Erziehung von Kleinkindern mit Recht auf Rückkehr zur Vollzeitarbeit am Ende der Frist / Vereinbarkeitsübereinkommen zwischen Kindersorgerecht und Forschungsarbeit

Zusätzliche Rechte für Personalvertreter: Mitbestimmung bei der beruflichen Weiterbildung / zusätzlicher Stundenkredit / Jahreshaushalt für die Tätigkeiten der Personaldelegation.

N.B. Arbeitsgruppen, Zeitsparkonten bezüglich der Einführung einer Zusatzrente werden eingerichtet. Die Ergebnisse dieser Arbeiten werden bei der nächsten Erneuerung des Kollektivvertrags integriert..

Nachrichten von der Basis

Die Trambahn schon am Rande der sozialen Entgleisung?

Der OGBL und die FNCTTFEL haben am vergangenen 27. Juli eine Protestaktion zur Einweihung der neuen Trambahnhaltestellen (Theater, Faiënerie und Stäreplaz/Étoile) organisiert. Die Gewerkschaften prangern Sozialdumping seitens des Unternehmens an, die die Tram in der Hauptstadt verwaltet.

Die Gewerkschaften, die derzeit den ersten Kollektivvertrag im Betrieb verhandeln, stellen in der Tat unannehmbare Unterschiede bei den Arbeitsbedingungen im Vergleich zum öffentlichen Dienst in Sachen Gehälter, Urlaub und Arbeitszeiten fest. Obwohl die Tram von einem Unternehmen verwaltet wird, das die juristische Form einer Aktiengesellschaft hat, muss daran erinnert werden, dass diese extra von der Regierung gegründet wurde, und dass der Staat Besitzer von 2/3 des Kapitals ist. Das andere Drittel gehört der Stadt Luxemburg.

Gegenüber der unnachgiebigen Haltung der Direktion und da der zuständige Minister das Thema ignoriert, haben OGBL und FNCTTFEL also beschlossen, sich bei Gelegenheit der Einweihung der drei neuen Haltestellen Gehör zu verschaffen. Mission erfüllt.

Zum Zeitpunkt, als diese Aktuell-Nummer in Druck ging, sollte noch Ende September eine Sitzung der letzten Chance zwischen der Direktion und den Arbeitnehmervetretern stattfinden. ◊



Der Konflikt verschärft sich im Bausektor!

Die Patronatsverbände im Bausektor scheinen die am vergangenen 5. Juli ausgesprochene Warnung der Arbeitnehmer aus dem Sektor, die massiv nach Aufruf des OGBL-Syndikats Bau, Bauhandwerk und Metallkonstruktion, durch die Straßen der Hauptstadt gezogen sind, nicht sehr gut gehört zu haben. Bei den Verhandlungen zur Erneuerung des Kollektivvertrags im Sektor gibt in der Tat noch keine Fortschritte. Obwohl der Sektor sich in vollem Aufschwung befindet, verharret das Patronat weiterhin auf seinen Positionen, so auch bei der jüngsten Verhandlungsrunde, die am 19. September stattgefunden hat. Zusätzlich zu seiner Ablehnung, die Reallöhne anzuheben, fordert das Patronat nun auch noch eine Ausdehnung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 56 Stunden. Eine wahre Provokation!

Seinerseits fordert der OGBL seit Anfang der Verhandlungen: eine Erhöhung der Reallöhne um 4,5% über drei Jahre, einen Kollektivvertrag für alle Arbeitnehmer, inklusive die Arbeitnehmer aus dem Verwaltungsbereich, sowie bessere Arbeitsbedingungen und einen freien und schrankenlosen Zugang zur beruflichen Weiterbildung.

Die Schlichtungsprozedur, die in diesem Konflikt in die Wege geleitet wurde, wird am 31. Oktober ablaufen. Ab diesem Datum könnte der OGBL das Scheitern der Schlichtung ausrufen und die nächsten Etappen im Hinblick auf die Mobilisierung der Arbeitnehmer in die Wege leiten. ◊



Sektorielle Herausforderungen

Sektor der Sicherheitsdienste

Sich für einen besseren Kollektivvertrag einsetzen

Arbeitszeit, Löhne und Gehälter, Anerkennung, der OGBL verpflichtet sich, die Arbeitsbedingungen im Sektor des Sicherheitsdienstes, der endlich eine starke Gewerkschaft braucht, zu verbessern.

Die Arbeitnehmer aus den privaten Wach- und Sicherheitsdiensten in Luxemburg üben einen anspruchsvollen Beruf aus, der sich über die vergangenen Jahre sehr viel weiterentwickelt hat, und der ständig mehr Kompetenzen abverlangt, sei dies auf technischer oder auf sprachlicher und sozialer Ebene. Deshalb ist es wichtig, dass die Arbeitnehmer von einer starken und kompetenten Gewerkschaft unterstützt werden, die sich resolut für eine angemessene Anerkennung im Hinblick auf die Löhne und die Ausbildung einsetzt, die aber auch eine Arbeitszeitorganisation fordert, die es ermöglicht Privat- und Berufsleben miteinander zu vereinbaren.

Der private Sicherheitsdienstsektor untersteht einem allgemein verpflichtenden Kollektivvertrag (was so viel heißt, dass jedes Unternehmen das im Sicherheitssektor tätig ist, diesen Kollektivvertrag anwenden muss). Wenn dieser Kollektivvertrag auch einige außergesetzliche Vorteile bringt – wie die Auszahlung eines 13. Monats, eine Lohnabelle, konventionelle Prämien und Zuschüsse, eine Arbeitsgarantie

bei Vertragsverlust bei Gelegenheit einer öffentlichen Ausschreibung oder auch noch über das gesetzliche Minimum hinausgehende Urlaubstage – so gibt es dennoch zahlreiche reelle und ernsthafte Probleme, die unbedingt gelöst werden müssen.

Das Recht auf Privatleben schützen

Am meisten zu tun ist sicherlich bei der Arbeitszeitorganisation. Zu oft werden die Agenten mit Änderungen ihrer Arbeitszeit oder ihres ursprünglich geplanten Einsatzortes, konfrontiert, obwohl sie Familien, Kinder oder andere private Verpflichtungen haben, deren Organisation unmöglich wird. Es kommt zu oft vor, dass von den Agenten verlangt wird, dass am Ende von ihren 8 Stunden oder mehr Arbeitszeit, sie ihren Arbeitstag verlängern, weil es ein Ablöseproblem gibt. Diese plötzlichen Arbeitsplanwechsel sind unannehmbar. Der OGBL fordert eine bessere Arbeitszeitorganisation und die genaue Einhaltung der legalen Maxima die vom Arbeitsrecht vorgesehen sind (10 Stunden am Tag und 48 Stunden pro

Woche). Denn die Gesundheit und die Sicherheit unserer Agenten sind wichtiger als die Gewinne der Arbeitgeber.

Die Verwaltung der Referenzperiode und die Planung der Agenten müssen den legitimen und notwendigen Rechten der Arbeitnehmer in Sachen Ruhezeit, Voraussesbarkeit und Vereinbarkeit zwischen Privat- und Arbeitsleben Rechnung tragen. Die Wächter, die Hundeführer und die Geldtransporter müssen die Möglichkeit haben, ihr Privatleben zu organisieren.





Michelle Cloos
Zentralsekretärin des
Syndikats Dienstleis-
tungen und Energie



Julie Roden
Beigeordnete Zentral-
sekretärin des Syndi-
kats Dienstleistungen
und Energie

Löhne aufwerten

Obwohl die Gewerkschaften substanzielle lineare Erhöhungen im Zeitraum zwischen 2002 und 2008 ausgehandelt hatten (+3% in 2002, +2,5% in 2003, +2,5% in 2004, +0,8% in 2006, +0,8% in 2007, +0,8% in 2008), hinken die Löhne des Sicherheitspersonals seit 10 Jahren der allgemeinen Entwicklung hinterher. In der Tat steigen die Löhne im privaten Sicherheitsdienst weniger schnell als die Entwicklung des Medianlohns in Luxemburg. Die Differenz zwischen dem Mindestlohn und den Löhnen im Sicherheitsdienst ist also dabei, kleiner zu werden. Das Sicherheitspersonal erleidet demnach eine Entwertung ihres Lebensstandards im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen. Diese Stagnierung der Kaufkraft muss aufhören. Es ist höchste Zeit die Karrieren und die Löhne der Arbeitnehmer aus dem Sicherheitsbereich anzupassen und aufzuwerten!

Ausbildung und Anerkennung

Ein anderer nicht zu unterschätzender Aspekt ist die Wichtigkeit einer adäquaten beruflichen Weiterbildung. Die erforderlichen Qualifizierungen für die unterschiedlichen von den Agenten erfüllten Aufgaben erfordern oft spezifische Ausbildungen. Umgang mit Konfliktsituationen, Kenntnisse in Sachen Brandschutz, Möglichkeit von Kontakt mit Infektionskrankheiten, mehrsprachige Kommunikation, Arbeit mit Röntgenstrahlen und Filteraktivitäten, Personenhilfe und -unterstützung,



Die OGBL-Delegation bei G4S

Erkennung und Umgang mit möglicherweise gefährlichen Situationen, dies sind nur einige Beispiele der Fähigkeiten, die die Arbeitnehmer aus dem Sicherheitsbereich bei der Ausübung ihrer Arbeit haben müssen.

Die immer größer werdende Vielfaltigkeit des Berufs muss dementsprechend Hand in Hand mit einer Einführung einer sektoriellen Qualitätsausbildung gehen. In diesem Zusammenhang fordert der OGBL eine wahres Ausbildungsrecht für alle Arbeitnehmer des Sektors und eine adäquate Anerkennung ihrer Kompetenzen, das heißt eine ihrer Ausbildung und Qualifikationen entsprechende Entlohnung.

Die Ziele für 2019

Derzeit hat der OGBL nicht die Mehrheit im Sektor und ist also auch nicht Wortführer bei den Kollektivvertrag-

verhandlungen. Um in den Kollektivverhandlungen mehr Gewicht zu haben, um besser den Erwartungen unserer Mitglieder und sämtlicher Arbeitnehmer aus dem Sicherheitsdienstsektor zu entsprechen, und um unsere Forderungen durchsetzen zu können, hat der OGBL ein klares Ziel vor Augen:

- Die Sozialwahlen 2019 gewinnen.
- Aufstellung von Kandidaten, die ein dynamisches Team bilden, das die Fähigkeit besitzt die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer dank Initiativen innerhalb des Betriebs zu verbessern.
- Die Mehrheit erlangen und uns für echte Verbesserungen im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen einsetzen. ♦

Sektorielle Herausforderungen



Patrick Arendt
Präsident des Syndikats
Erziehung und Wissen-
schaft SEW

Der Liberalisierung unseres Schulsystems ein Ende bereiten

Der OGBL ruft jetzt schon die nächste Regierung dazu auf, eine breite öffentliche Debatte zur zukünftigen Orientierung unseres Schulsystems einzuleiten.



Während seiner Pressekonferenz zum Schulbeginn am 12. September hat das SEW/OGBL Bilanz gezogen über die Legislaturperiode 2013-2018, die nun ihr Ende erreicht.

Nach den zahlreichen strukturellen Änderungen und Reformen, haben Eltern und Lehrpersonal das Vertrauen verloren, dass die Politik den vielen Herausforderungen, mit denen die Schule heutzutage konfrontiert ist, gewachsen ist.

Zweifellos ist Minister Meisch verantwortlich für eine radikale Neuorientierung des Schulsystems. Die Gesetze, die während seiner Amtszeit gestimmt wurden, haben die Türen zu einer weitreichenden Liberalisierung der Schule geöffnet, die sich nicht nur auf Privatisierungen beschränkt, mit Schulen, die sicherlich von besserer Qualität, jedoch zahlungspflichtig sind. Diese Schulen, die Zugang zu besseren Ausbildungen und Arbeitsplätzen ermöglichen, sind den Eltern vorbehalten, die über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen. Die Spezialisierung der Sekundarschulen, mit unzähligen Ausbildungswegen, belastet die Eltern mit einer enormen Verantwortung, die gute Wahl zu treffen, mit dem Risiko ihr Kind in eine Richtung zu orientieren, die ihm später den Weg zu den besten beruflichen Möglichkeiten versperrt. Insbesondere muss, vor allem bei jungen Luxemburgern eine gewisse Ablehnung festgestellt werden, Französisch zu lernen. Die englischsprachigen Studiengänge bieten dementsprechend sehr wenig Französischkurse an, und das erreichte Niveau wird diesen Jugendlichen weder ermöglichen auf einer französischsprachigen Uni zu studieren, noch sich für einen Arbeitsplatz beim Staat zu bewerben.

Doch beschränkt sich die Verantwortung der Eltern nicht nur darauf, die richtige Wahl zu treffen, sie sind auch dafür verantwortlich, dass ihr Kind die Kriterien für die ausgewählte Schule erfüllt. Vergessen wir nicht, dass die Vielfaltigkeit der Schullandschaft, mit zahlenmäßig beschränkten Plätzen in sämtlichen Studiengängen, den Verantwortlichen der Sekundarschulen die Möglichkeit bieten wird, ihre Schüler für die meist gefragten Studiengänge auszusuchen.

Die Liberalisierung der Schule verstärkt innerhalb der Schulen Werte wie Individualismus und Wettbewerb um jeden Preis. Die Kinder werden sehr schnell lernen, dass es vor allem darum geht, besser zu sein, als ihre Klassenkameraden. Die wichtigsten Werte wie Solidarität oder die Stärkeren helfen den Schwächeren, sind beinahe verschwunden. Heute ist es wichtiger, seinen Vorsprung in den verschiedenen Fächern zu vergrößern, als seine Zeit zu verlieren, indem man seinem Nachbarn hilft. Viele Jugendlichen werden feststellen

Die Liberalisierung der Schule verstärkt innerhalb der Schulen Werte wie Individualismus und Wettbewerb um jeden Preis. Die Kinder werden sehr schnell lernen, dass es vor allem darum geht, besser zu sein, als ihre Klassenkameraden.

Die wichtigsten Werte wie Solidarität oder die Stärkeren helfen den Schwächeren, sind beinahe verschwunden. Heute ist es wichtiger, seinen Vorsprung in den verschiedenen Fächern zu vergrößern, als seine Zeit zu verlieren, indem man seinem Nachbarn hilft. Viele Jugendlichen werden feststellen

Viele Jugendlichen werden feststellen

Viele Jugendlichen werden feststellen

müssen, dass sie wegen ihrer sozialen Herkunft, sie von Beginn an sehr wenig Chancen auf Erfolg in der Schule hatten.

In den unterschiedlichen Studiengängen besteht die Gefahr, dass die verschiedenen Sprach- Sozial- und Kultur-

schieben, mit Schlagworten, die den Schulerfolg von allen in den Vordergrund setzen.

Das Ziel der Lehrkräfte, die sich oft nicht mit Politik beschäftigen wollen, wird es immer bleiben, den Bedürfnissen sämtlicher Schüler zu entspre-

Probleme. Deshalb fangen nicht nur die Eltern an, das Vertrauen in unser Schulsystem zu verlieren und sehen sich dazu gezwungen zahlungspflichtige Alternativen zur öffentlichen Schule zu suchen. Auch die Lehrkräfte haben kein Vertrauen mehr in die Politik des Unterrichtsministeriums.

Diese radikalen Änderungen, man könnte sogar von Revolutionen sprechen, wurden klammheimlich durchgeführt, ohne öffentliche Debatte.

Aus diesem Grund fordert das SEW/OGBL jetzt bereits vom nächsten Unterrichtsminister eine weitgreifende öffentliche Debatte über die zukünftige Orientierung unseres Schulsystems in Gang zu setzen, um die Werte zu bestimmen, die den zukünftigen Generationen übermittelt werden sollen, um die Liberalisierung des Unterrichts zu stoppen, und um den Dialog mit den Lehrkräften wieder aufzunehmen, damit diese wieder Vertrauen bekommen, und um zu verhindern, dass die Resignation sich weiter in unseren Klassensälen verbreitet.

Das SEW/OGBL ist immer zu einer konstruktiven Zusammenarbeit, in diese Richtung, bereit. ◊

Verantwortungsvolle und kritische Bürger ausbilden

gemeinschaften unter sich bleiben. Die Kinder werden nicht mehr zusammen lernen, doch verschiedene Gruppen werden sich sogar nicht mehr während ihrer gesamten Schulzeit begegnen. Die Schule wird schnell ihre Integrationsaufgabe verlieren.

Gleichzeitig ist die Schule dabei, sich fast ausschließlich in den Dienst der Wirtschaft zu stellen. Das Wissen und die Kompetenzen, die nicht auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden können, werden als überflüssig betrachtet. Die Allgemeinbildung verliert an Bedeutung. Fächer wie Geschichte, Literatur und Philosophie werden einigen Studiengängen vorbehalten, um nicht zu sagen einer Elite. Doch ist diese Allgemeinbildung unabdingbar, um verantwortungsvolle und kritische Bürger auszubilden, die aktiv an den demokratischen Vorgängen teilnehmen.

Die wachsenden Ungleichheiten, ein Verlust an Einfühlungsvermögen für die Mitbürger und die Ausländer, ein Mangel an Allgemeinbildung sind sicherlich die Hauptursachen für die Zunahme des Extremismus.

Der Minister hat seine Ziele bei der Einführung seiner Reformen nicht offen dargelegt. Im Gegenteil, er hat es fertiggebracht eine Nebelwand vorzu-

chen. Die Realität in den Schulen ist oft das Gegenteil der guten Vorhaben, die von der Kommunikationsabteilung des Ministeriums verbreitet werden. Trotz ihrer Anstrengungen, finden die Lehrkräfte nicht die Lösungen für alle Schüler. Dies ist vor allem bedingt durch die Reduzierung der Unterrichtsstunden und durch eine übertriebene Bürokratie, deren Ziel zu sein scheint, die Probleme zu vertuschen.

Der total fehlende Dialog zwischen dem Minister und dem Lehrpersonal vor Ort, die Verschlechterung des Rufs der Lehrkräfte durch die politischen Verantwortlichen sowie die Abwertung ihrer Ausbildung vergrößern nur diese



Ansichten / Pensionierte



Carlos Pereira
Mitglied des geschäftsführenden Vorstands



Henri Kremer
Präsident der Pensioniertenabteilung

Pensioniertenabteilung

Alt werden in Luxemburg – Vieles muss sich ändern!

Anlässlich ihrer Studientagung vom 8. Juni 2018 im Bildungszentrum der Arbeitnehmerkammer in Remich (CEFOS), befasste sich die OGBL-Pensioniertenabteilung mit der aktuellen politischen und sozialen Lage in Luxemburg.

Aber auch die bedenkliche Sicherheits-situation in der Welt und die einhergehende Tendenz zu einer zunehmenden Militarisierung war ein Thema der Studientagung.

Angesichts der bevorstehenden Wahlen macht die Pensioniertenabteilung auf die Lage des Alterns in Luxemburg aufmerksam und richtet diesbezügliche Forderungen und Vorschläge an die politischen Parteien.

Zunächst ist festzustellen, dass die Altersgruppe ab 57 Jahren (frühestmögliches Eintrittsalter in die Pension) einen nicht unwesentlichen wirtschaftlichen Beitrag in Luxemburg leistet, sowohl auf der Ebene des Konsums als auch im Bereich der intergenerationellen Solidarität, die in erster Linie jüngeren Familienmitgliedern zugute kommt. Da immer mehr junge Menschen längere Studien absolvieren, beziehungsweise beim Einstieg in das Berufsleben zu-

nehmend mit prekären Arbeitskonditionen konfrontiert sind – dies im Verbund mit hohen Lebenshaltungskosten –, bleiben sie viel länger finanziell von ihren Eltern oder Großeltern abhängig, als dies noch vor einigen Jahren der Fall war.

Ein anderes Problem betrifft die Isolation älterer Menschen. Wenn Menschen in Pension gehen, verändert sich ihr Le-

ben. Auch in modernen Altersheimen kann es zu einer solch negativen Entwicklung kommen.

Darüber hinaus haben immer weniger Senioren die Möglichkeit, im Alter in der Familie bleiben zu können. Wenn die älteren Personen beginnen an Autonomie zu verlieren, werden sie in Alten- oder Pflegeeinrichtungen untergebracht. Dadurch kann eine Art von „Ghettoisierung“ im Alter entstehen. Die OGBL-Pensioniertenabteilung bedauert, dass es bis dato auf diesem Gebiet am politischen Willen fehlte, um diesem Phänomen pro-aktiv entgegenzuwirken und konsequent das Zusammenwohnen der Generationen zu fördern.

Ein drittes Problem, mit dem sich die Pensioniertenabteilung befasste, betrifft die zunehmende Altersarmut.

Für ein nationales Aktionsprogramm zugunsten der älteren Menschen

ben von einem Tag zum andern grundlegend, was zu psychosozialen Problemen führen kann. Gefühle von „nicht mehr gebraucht werden“, mangelnder Wertschätzung, Langeweile, Einsamkeit, können einen negativen Einfluss auf die körperliche und geistige Ge-

Auch wenn in Luxemburg die Renten und Pensionen im Vergleich mit anderen europäischen Mitgliedstaaten verhältnismäßig höher liegen, so sind im Gegenzug auch die Mietpreise in den Alters- und Pflegeheimen sehr hoch. Immer mehr Menschen sehen sich da-



her gezwungen ihr Hab und Gut – für das sie viele Jahre lang gearbeitet und gespart haben –, zu veräußern, um sich überhaupt noch ein menschenwürdiges Leben im Alter leisten zu können. Das gleiche Problem, das sich also wie ein roter Faden durch die luxemburgische Gesellschaft zieht, nämlich die außergewöhnlich hohen Preise auf dem Wohnungsmarkt, betrifft auch die Menschen des Dritten und Vierten Alters.

Die Pensioniertenabteilung bedauert, dass die Situation der Pensionierten von der Politik fast wie ein Tabu-Thema behandelt wird, das heißt gar nicht. Immerhin machen die über Siebenundfünfzigjährigen 37 Prozent der Wählerschaft Luxemburgs aus!

Die OGBL-Pensioniertenabteilung fordert daher die politischen Parteien auf, die Konditionen des Altwerdens in

Luxemburg im Wahlkampf zu thematisieren.

Da es sich hierbei um eine parteiübergreifende, die gesamte Gesellschaft betreffende Problematik handelt, fordert die Pensioniertenabteilung des OGBL die politischen Parteien dazu auf, das Thema Lebensqualität im Alter in ihr Wahlprogramm aufzunehmen und sich dafür einzusetzen, dass im Rahmen eines nationalen Aktionsprogrammes in der kommenden Legislaturperiode konkrete und messbare Fortschritte auf diesem Gebiet erzielt werden. Damit dieser Thematik der nötige Stellenwert beigemessen wird, fordert die Pensioniertenabteilung die Schaffung eines eigenständigen Ministeriums, in dem alle Kompetenzen gebündelt werden, die das Dritte und Vierte Alter betreffen. ◊

Die Pensioniertensektion Esch/Alzette in Zusammenarbeit mit der Pensioniertenabteilung laden Dich auf eine Informationskonferenz zum Thema

Erbschaftsgesetz

ein, am

Donnerstag,

den 18. Oktober 2018

um 16.00 Uhr in der

**Maison du People in Esch/Alzette
Eingang durch das Café „Streik“**

Den Vortrag hält

Maitre Tania Hoffmann

T H E A T E R

De roudde Fuedem

Regie

Nilton Martins

Text an Dramaturgie

Rafael David Kohn

Acteuren

Alex Hornbeck

Maya Moes

Annette Schlechter

Musek

Serge Tonnar

Scenographie

Sandrine Brasseur

Regie Assistenz

Osanna Samuel

Technik

On Stage Light -

Serge Hoffmann



OGB.L

e Stéck aus aler, aktueller an neier
Zäit iwwert d'Gewerkschaft

De roude Fuedem

„Zu Lëtzebuerg ass eppes anescht. Hei ass sozial vill passéiert. Aarbechter, Employéén, déi Trennung hu mer opgehewen, et si Salariéén. D'Entwécklung vum OGBL, dat war e Schratt a Richtung Eenheetsgewerkschaft, e Schratt a Richtung Gläichheet. Wann s de eng Paie kriss, bass de Salarié. Da brauch een sech net méi géigesäiteg Steng an de Wee ze leeën. Zesumme Staark.“

Den OGBL huet decidéiert déi al Traditioun vun der Emanzipatioun duerch Kultur nees opliewen ze loossen an huet dofir de Rafael Kohn an de Nilton Martins engagéiert e Stéck ze schreiwen an opzeféieren.

„De roude Fuedem“ ass keen dokumentarescht Stéck, mä erzielt eng déif mënschlech Geschicht vun dräi Personnagen an der Aarbechtswelt, an den Afloss deen d'Gewerkschaftsaarbecht op hiren Alldag huet.

d'Stéck ass op lëtzebuergesch

Déi nächst Datumer:

6. Oktober um 20 Auer an der Salle des fêtes zu Luerenzweiler

Sektioun Uelzechtall / Reservatiounen: 32 61 51 oder 621 30 81 50 (vun 19h un) oder jos@pt.lu

27. Oktober um 20 Auer an der «Aal Schmelz» zu Stengefort

Sektioun Aisdall-Attert / Reservatiounen: 621 53 24 58 (17h-19h) oder aisdall-atttert@pt.lu

10. November um 20 Auer am Home zu Péiteng

Sektioun Kordall / Reservatiounen: 621 245 451 oder nellymauer@gmail.com

17. November um 20 Auer am Hotel Victor Hugo zu Veianen (mat Iessen)

Sektioun Dikirch-Veinen / Reservatiounen: 621 37 31 18 oder cesardinis1@hotmail.com

15. Dezember um 20 Auer am Kulturhaus Syrkus zu Rued-Sir

Sektioun Musel-Sauer / Reservatiounen: 621 22 90 48 oder 75 85 25 oder schroeder.sylvie@pt.lu

23. Februar um 20 Auer zu Lëtzebuerg (Plaz gëtt nach matgedeelt)

Sektioun Lëtzebuerg-Zentrum / Reservatiounen: 621 72 79 81 oder albhirtz@pt.lu

D'Sektioun Koplescht organiséiert och nach eng Virstellung.

Zoom auf die Lokalsektionen

Die nächsten Termine

| Daten | Sektionen | Aktivitäten |
|------------|--|---|
| 05/10/2018 | Clervaux-Hosingen | Jubilarenehrung (um 19 Uhr im Hotel-Restaurant REIFF in Fischbach) |
| 06/10/2018 | Fiels-Lënster-Nidderaanwen | Jubilarenehrung (um 12 Uhr in der Alten Schule in Gonderange) |
| 06/10/2018 | Wiltz | Tag der Fischer (von 7 bis 19 Uhr in Baschleiden) |
| 06/10/2018 | Uelzechtall | Theater „De Roude Fuedem“ (weitere Infos auf S. 28) |
| 07/10/2018 | Kordall | Ausflug nach Saarburg (Abfahrt um 8 Uhr aus Rodange) |
| 12/10/2018 | Käldall | Mitgliederversammlung |
| 20/10/2018 | Dräilännereck | Besichtigung der Firma Grosbusch |
| 20/10/2018 | Äischdall-Attert | Besichtigung vom Museum „A Possen“ (in Bech-Kleinmacher) |
| 25/10/2018 | Differdange | Mitgliederversammlung |
| 27/10/2018 | Aischdall-Attert | Theater „De Roude Fuedem“ (weitere Infos auf S. 28) |
| 10/11/2018 | Kordall | Theater „De Roude Fuedem“ (weitere Infos auf S. 28) |
| 11/11/2018 | Belgische Grenzgänger | Teilnahme an der Handwerksmesse |
| 16/11/2018 | Dräilännereck | Mitgliederversammlung |
| 17/11/2018 | Dikrich-Veinen | Theater „De Roude Fuedem“ (weitere Infos auf S. 28) |
| 22/11/2018 | Esch | Jubilarenehrung (um 18.30 Uhr) |
| 23/11/2018 | Musel-Sauer | Mitgliederversammlung, Fest zu Ehren der Jubilare (um 19 Uhr auf der M.S. „Princesse Marie-Astrid“) |
| 23/11/2018 | Käldall | Rentnerfeier und Jubilarenehrung |
| 30/11/2018 | Audun le Tiche - Villerupt - Pays Haut | „Salon des frontaliers“ (in Mont St Martin von 11 bis 18 Uhr) |
| 01/12/2018 | Esch | St Eloi (in der Rockhal in Belval) |
| 01/12/2018 | Luxembourg-Centre | Fête de Saint Nicolas (C.C. Beggen) |
| 04/12/2018 | Esch | St. Barbe (à 10h au cimetière St Joseph, à 11h sur la place du Brill et à 16h au Neudorf) |
| 11/12/2018 | Uelzecht/Mess | Rentnerfeier |

Mehr Infos über die Sektionsaktivitäten in der Agenda unter www.ogbl.lu

Sektion Musel-Sauer



Die Sektion Musel-Sauer besuchte im Monat Juli das Europaparlament in Brüssel



Die Musel-Sauer-Sektion war bei der Braderie in Grevenmacher am vergangenen 29. Juli anwesend.



Die Musel-Sauer-Sektion hatte sich Anfang August auf dem Campingplatz in Grevenmacher für ein „Apéro-Pétanque“ eingefunden.

Sektion Kordall

Jubilärfest bei der OGBL-Kordall

Die erste Jubilärfest der durch die Fusion der OGBL Sektionen aus der Petinger und Käerjenger Gemeinde entstandenen OGBL Sektion Kordall hatte am 14. September im Hotel-Restaurant „Threeland“ in Petingen stattgefunden.

Sämtliche Kollegen und Kolleginnen welche seit 25, 40, 50, 60 und 70 Jahren Mitglied des OGBL sind wurden schriftlich zu dieser Feier eingeladen. Nicht weniger als 87 Mitglieder konnte Marcel Felten in seiner Eigenschaft als Sektionspräsident begrüßen. Als Ehrengäste wurden die Vizepräsidentin Marie-Jeanne Leblond sowie der Kollege Jerry Müller als zuständiger Zentralsekretär der Sektionen und auch der Kollege Vizepräsident der Petinger Vereinigung der FNCTTFEL, Pascal Hansen, willkommen geheißen.



In seiner kurzen Begrüßungsansprache wies der Sektionspräsident auf die in nächster Zukunft geplanten Aktivitäten hin. Demnach findet am 7. Oktober der Sektionsausflug mit Bus und Schiff nach Saarburg statt. Da nur noch wenige Plätze verfügbar sind, sollen die interessierten Mitglieder sich auf Wartelisten eintragen lassen. Ein weiteres Ereignis findet am 10. November statt. Ein, von der Sektion mitfinanziertes, Theaterstück mit dem Titel „De rouden Fuedem“ wird im Petinger Home aufgeführt. Auf 15 € beläuft sich das Eintrittsticket und ist in der Abendkasse erhältlich. Im Anschluss an das einstündige Theaterstück offeriert die Sektion einen Umtrunk nebst Appetithäppchen. Auch wurde auf die Wichtigkeit der anstehenden Sozialwahlen hingewiesen. Nach den politischen Wahlen im Oktober werden die Sozialwahlen stärker in den Vordergrund rücken.

Anschließend war es an der Vizepräsidentin Marie-Jeanne Leblond die Grüße des geschäftsführenden Vorstands zu überbringen. In ihrer vielbeachteten Rede erinnerte Marie-Jeanne an die Ereignisse welche damals, als die Jubilare in die Gewerkschaft eintraten, im Interesse der Öffentlichkeit standen. Als Gradmesser für die gewerkschaftliche Stärke bezeichnete die Rednerin die anstehenden Sozialwahlen und sie gab ihrer Hoffnung Ausdruck, dass das letztmalige gute Ergebnis noch weiter zu verbessern.

Mit einer Anstecknadel, einem Diplom und einem angemessenen Geschenkgutschein, welcher in allen Geschäften der Belle Etoile eingelöst werden kann, wurden dann die Jubilare für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt.

Nach dem offiziellen Teil der Jubilarehrung wurde die sympathische Feier mit einem gemeinsamen Abendessen abgeschlossen. ◇ mf

Sektion Volmerange-les-Mines

Studientag in der Zitadelle von Montmédy

Am vergangenen 8. September hat der Vorstand der Sektion Volmerange-les-Mines eine Studientag in der Umgebung der Festung von Montmédy organisiert. Der Vorstand von Thionville-Metz war auch mit dabei. Insgesamt haben um die dreißig Mitglieder daran teilgenommen. Nach der Besichtigung der Festung in Begleitung eines Touristenführers, wartete ein Essen in einem Restaurant auf die Teilnehmer. Am Nachmittag war die Besichtigung der Stadt Stenay mit der Entdeckung ihrer Spezialitäten auf dem Programm. Ein Essen im Restaurant in Volmerange-les-Mines hat diesen Tag abgeschlossen. Ein Tag, der von Freundschaft und Geselligkeit geprägt war. ◇



Praktische Fragen / nützliche Infos

Langzeitkrankheit

Endlich ein kleiner Schritt nach vorne

Frau X ist Arbeitnehmerin in einer Firma in Luxemburg. Sie wurde Anfang des Jahres krank und musste operiert werden. Im Prinzip hätte sie nach vier Krankheitswochen wieder mit ihrer Arbeit beginnen müssen. Doch gab es leider bei der Operation Komplikationen. Ihr Krankheitsurlaub musste demnach bedeutend verlängert werden.

Am Ende der 42. Krankheitswoche wird sie vom kontrollärztlichen Dienst der Sozialversicherung vorgeladen. Im Prinzip müsste sie ihre Arbeit in acht Wochen wiederaufnehmen. Doch der kontrollärztliche Dienst informiert sie, dass sie wegen ihres Gesundheitszustands ihre berufliche Aktivität nicht mehr ausüben kann und aus diesem Grund für sie eine Wiedereingliederungsprozedur gestartet wird.

Frau X möchte jedoch weiter bei ihrem derzeitigen Arbeitgeber arbeiten. Sie drückt deshalb den Wunsch aus, von einer internen Wiedereingliederung (in der Firma, für die sie derzeit arbeitet) profitieren zu können. Doch es muss schnell gehen. In der Tat ist eine interne Wiedereingliederung nur möglich, wenn sie innerhalb der Frist von 52 Wochen ab dem Anfang des Krankenurlaubs ausgesprochen wird. Über diese Frist hinaus, geschieht die Wiedereingliederung automatisch außerhalb, in einem anderen Betrieb. Doch die Wiedereingliederungsprozeduren dauern oft lang, sogar sehr lang. Frau X beschließt ihre Gewerkschaft, den OGBL, zu kontaktieren, um ihr ihre Situation zu erklären. Der OGBL reicht ihren Fall bei der gemischten Kommission der Sozialversicherung ein, und erreicht schließlich, dass die Prozedur für Frau X innerhalb der erforderlichen Frist abgeschlossen wird. Frau X wird intern wiedereingegliedert.

Zwei Monate nachdem sie die Arbeit wiederaufgenommen hat, hat Frau X jedoch wieder ein Gesundheitsproblem, das sie zwingt, während fünf Wochen nicht zu arbeiten. Das Problem ist, dass Frau X, nach 50 Wochen Abwesenheit wegen Krankheit nun insgesamt auf 55 Wochen kommt. Das legale

Limit liegt jedoch bei 52 Wochen in einem Zeitraum von 104 Wochen. Über dieses Limit hinaus ist der Arbeitsvertrag, der einen Arbeitnehmer an einen Arbeitgeber bindet, beendet. Frau X wird also ihre Arbeit und damit auch ihr Gehalt verlieren. Es bedarf keiner Erklärung, um zu wissen, in welcher prekärer Lage sie sich befinden wird, umso mehr, weil sie durch ihre Krankheit nicht sofort eine andere Arbeit finden kann.

Dies ist noch immer traurige Wirklichkeit im Jahre 2018. Und doch kann man nun mit etwas mehr Zuversicht in die Zukunft blicken. In der Tat ist es dem OGBL, der seit Jahren eine Erweiterung dieses maximalen Limits für Krankenurlaub fordert, endlich gelungen, sich in diesem Dossier durchzusetzen. So wird demnächst, ab dem 1. Januar 2019, dieses Limit auf 78 Wochen festgelegt. Ein diesbezügliches Gesetz wurde



kurz vor der Sommerpause im Parlament gestimmt. Gewiss wird Frau X nicht mehr davon profitieren können, doch dank des Einsatzes und der Entschlossenheit des OGBL wird diese Situation in Zukunft anderen Frauen oder Herren X erspart bleiben.

Es gibt zahlreiche Fälle von Arbeitnehmern, die ihre Arbeit durch das Überschreiten der aktuellen Grenze von 52 Wochen verloren haben, manchmal nur durch eine einfache Grippe, die den Zähler über das Limit hievte. Oft hätten nur wenige zusätzliche erlaubte Krankheitswochen verhindern können, dass das Leben dieser Arbeitnehmer sich von heute auf morgen zum Schlechten verändert hat. Der OGBL freut sich, dass dieser Ungerechtigkeit endlich ein Ende bereitet wurde. ◊

Sie können mit uns Kontakt aufnehmen

- per E-Mail: info@ogbl.lu
- per Telefon unter: (+352) 2 6543 777
- per Brief oder persönlich bei einer unserer Dienststellen/in einem unserer Büros

Sie werden die Adressen und die Öffnungszeiten unserer Dienststellen/Büros finden, auf unserer Webseite www.ogbl.lu unter „Wo Sie uns finden“



Die Gewinner der Tippspiele Russia 2018

Tippspiel 1 Weltmeister

1. Preis: Päscht-Croisière (Voyages Flammang)

Jonathan ALMEIDA GONCALVES

2. Preis: Luxair-Flug zur Wahl (Voyages Flammang)

Yannick RECH

3. Preis: Geschenkkorb (Amuse Bouche)

Maxime NUNES

4. Preis: Fairtrade-OGBL Fußball

BARILLARO Gianluca, BARROIS Stéphan, BERNARD Patrick, BICHEL Olivier, BOMBARDIERI Laurent, BONALI Christopher, BREUSKIN Marcel, CHRISTOPHE Etienne, DEVOTI Stefano, DI BLASI Grazio, DOS SANTOS RAMOS Patrick, DREYSTADT Melissa, DURANTE Gilles, ERNSDORF Thomas, GARRAUD Patrick, GERARD Nicolas, GUANGAYANE Priya, HANESSE Jérôme, HOFFMANN Sylvain, JAUROU Romain, JOHANNNS Richard, JUNG Jeannot, KEBIR LAFONTAINE Saliha, LAMBERT Julien, LAUNOIS Aude, LEMPEREUR Cédric, LEONARDY Georg, LOES Fabian, MORES Ronny, NICKELS Marco, PELLEGRIN Giada, PONCIN-RONCALLI Nadine, POORTERS Laurent, REDER Markus, REDING Dan, ROTH Benoît, SCHLIENGER Jacques, SCHWARTZ Stéphane, SIMOES PEREIRA Maria, STRICHER Cécile, TESSARO Joël, THILL Alain, VANDERBOSSE Pierre, VENTURA Jennifer, VIOLIN Jean-Luc, WEBER Frédéric, WILTGEN George.

Tippspiel 2 Deutschland

1. Preis: Busreise zum Europapark (Voyages Emile Weber)

GUILMEAU Héléne

Tippspiel 3 Belgien

1. Preis: Busreise nach Hamburg (Voyages Emile Weber)

NEUMAN Marc

2. Preis: Luxair-Flug zur Wahl (Voyages Flammang)

JOHANNNS Richard

3. Preis: Geschenkkorb (Amuse Bouche)

LEJEUNE Michel

4. Preis: Fairtrade-OGBL Fußball

ALTMANN Jean-Claude, ARENDT Marc, BELGHARBI Souad, BETTEMBOURG Gabriel, BOULANGER Sophie, CARLETTI Enrico, CARLETTI Enrico, DA SILVA Fabrice, DAUPHIN Kevin, DAWANCE Virginie, DI CEGLIE Bruno, ENGLARO Claudio, ERDOGAN Sukru, FALLA Ludovic, FEY Jean-Marie, GARRAUD Patrick, GASPARD Laurent, GOEBEL Georges, HAMEL Virginie, HAYEN Jacques, HECK Nicolas, HENDRIKS Andy, HERTOIGH Paule, JUNG Jeannot, KELTERBAUM Ludovic, LAURAIN Daniel, MASSARD Manuela, MORES Claude, NETTIS Nino, PANT Deepak, QUINTOS Olivier, RUAR Jean-Claude, SCHAACK Joe, SCHOLZEN Guy, SCHUMACHER Marie-Louise, TAVARES Pedro, THILL Fabrice, WOLWERT Frédéric.

Tippspiel 4 Frankreich

1. Preis: Party-Bus Fire and Eyes (Voyages Demy Schandeler)

JOHANNNS Richard

2. Preis: Luxair-Flug zur Wahl (Voyages Flammang)

NICKELS Alain

3. Preis: Geschenkkorb (Amuse Bouche)

URTH Alain

4. Preis: Fairtrade-OGBL Fußball

BARILLARO Gianluca, BAUDSON Fabienne, BECKER Jérôme, BEFFORT Georges, BERNARD Patrick, BOMBARDIERI Elisabeth, CAMINE Eliane, DAUSCH Mathieu, DI BLASI Grazio, DI PIERRO Joan, DOREY Bastien, ERDOGAN Sukru, ERNSDORF Thomas, ETIENNE Christophe, GARRAUD Patrick, GAUGUET Joëlle, GEORGE Sylvie, GONCALVES Alda, GUANGAYANE Priya, HAMEL Virginie, HANESSE Jérôme, HAYEN Jacques, HIRT Marc, JAUROU Romain, KALB Paul, KRANTZ Gilles, LAMBERT Julien, LAMBOT Olivier, LAUNOIS Aude, MALEC Martial, MALINVERNI Paola, MALLER Steve, MOGNOL Germain, MORES Ronny, NUNES Maxime, PELLEGRIN Giada, PUPPO Michel, RAVET Valérie, RECH Yannick, RONCALLI Charlene, ROUAJI Abderrahim, SCHIEFERS Patrick, SCHMIT Astrid, SCHWARTZ Stéphane, SOUMANN Laurent, SOWA Jos, VIOLIN Jean-Luc.



Tippspiel 5 Portugal

1. Preis: Flussschiffahrt auf dem Douro (Voyages Flammang)

VANDERBOSSE Pierre

2. Preis: Luxair-Flug zur Wahl (Voyages Flammang)

VELZ Patrick

3. Preis: Geschenkkorb (Amuse Bouche)

SCHREIBER Johan

4. Preis: Fairtrade-OGBL Fußball

ALFF Claude, ALTMANN Jean-Claude, BAUDSON Nicolas, BIRNBAUM Marion, BIWER Joël, BRECHTEL Peter, CHERNOUH Lounes, DA SILVA FERREIRA Aquiles Emanuel, DELVAUX Steve, DOS SANTOS RAMOS Patrick, ERGOT Pascal, FERRAZZI

Remi, FOX Steve, GASPAR Laurent, GENIN Benoit, HANUS Marc-Antoine, HECK Nicolas, HOELTGEN Christophe, KELTERBAUM Ludovic, KESSLER Céline, LIPPERT Sam, LOUVINS Fabian, MILLANG Max, MOES Henriette, MOREIRA Fabrice, OLIVEIRA HENRIQUES José Tiago, PALUS Erik, PAUL Martine, PELLEGRIN Giada, PEREIRA William, PUSCEDDU Giuseppe, RONCALLI Charlène, RONCALLI Jean-Marc, ROTH Benoit, SCHIRINZI Carlo, SCHMIT Astrid, SCHMITT Florian, SOARES David, SOUMANN Laurent, SOWA Jos, STIEFER Guy, STÜREN Nathalie, URTH Alain, VOLCKAERTS Henrie, WAGENER Ben, WILDGEN Joé, ZAGO Magali.



Die Gewinner der Tippspiele, die vom OGBL im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft 2018 in Russland organisiert wurden, haben ihre Preise am vergangenen 7. August in der Maison du peuple in Esch/Alzette überreicht bekommen.



D'PARTEIE BEKENNE FAARW ZUR SCHOULPOLITIK



Josée Lorsché (Déi Gréng)
Alain Weins (LSAP)
Martine Hansen (CSV)
Claude Meisch (DP)
Fred Keup (ADR)
Myriam Cecchetti (Déi Lénk)

TABLE RONDE AM KADER VUM WELTDAG VUN DEN ENSEIGNANTEN

5. OKTOBER 2018

19.30 AUER AM CASINO SYNDICAL ZU BOUNEWEG/LËTZEBUERG